

Die „Freiheit“ erscheint morgens und nachmittags, Donnerstags und Montags nur einmal. Der Bezugspreis beträgt bei freier Zustellung ins Haus für Groß-Berlin 10,- M. im voraus zahlbar, von der Expedition selbst abgeholt 8,50 M. Für Postbezug nehmen sämtliche Verwaltungen Bestellungen entgegen. Unser Circulationsbezogen für Deutschland und Oesterreich 16,50 M., für das übrige Ausland 21,50 M., einschließlich Postumschlag, per Viertel für Deutschland und Oesterreich 30,- M. Redaktion, Expedition und Verlag: Berlin G 2, Breite Straße 2-3.

Die achtspaltige Anzeigenzeile ober dem Raum kostet 2,- M. einschließlich Teuerungszuschlag. Kleine Anzeigen: Das festgedruckte Wort 2,- M., jedes weitere Wort 1,50 M. einschließlich Teuerungszuschlag. Laufende Anzeigen laut Tarif. Familien-Anzeigen und Stellen-Gesuche 2,20 M. netto pro Zeile. Stellen-Gesuche in Wort-Anzeigen: das festgedruckte Wort 1,50 M., jedes weitere Wort 1,- M. Fernsprecher: Centrum Nr. 15230-15239

Freiheit

Berliner Organ

der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Schinderhannes Hiller erhält Festungshaft

Die weiße Bestie

Der Prozeß gegen den Oberleutnant Hiller wurde am Freitag zu Ende geführt. Die Geschworenen verneinten die Frage, ob der Angeklagte den Hüßler Helmhake geklopft, geschlagen oder körperlich mißhandelt und an seiner Gesundheit geschädigt habe; ebenso die Frage, ob er durch Fußtritte und Schläge vorzüglich einen Untergebenen mißhandelt habe. Die Frage auf Mithandlung eines Untergebenen durch Nahrungsmittelentziehung wurde bejaht. Oberleutnant Hiller wurde darauf zu sechs Monaten Festungshaft verurteilt. Das Gericht hob hervor, daß die Tat des Angeklagten nicht ehrenrühriger Natur gewesen sei; er habe nur die Disziplin der Truppe befestigen wollen.

Der Vorhang über die Tragödien in den Karpathen ist gefallen. Was an Grauenhaftigkeit, Brutalität und Gemeinheit sich im Schwurgerichtssaal zu Moabit während der fünf Verhandlungstage gegen den Soldatenschinder und Oberleutnant der Reserve Hans Hiller entrollte, wird nicht so leicht überboten werden können. Hiller ist der typische deutsche Militarist und Reservewoffizier; ein „tüchtiger“ Soldat und Monarchist bis auf die Knochen. Wie vielen seinen anderen Standesgenossen waren für ihn die ihm anvertrauten Menschenleben, mit denen er nach Belieben schalten und walten konnte, nicht Menschen mit eigener Seele, sondern Tiere, die er selbst schlimmer als Tiere behandelte, für die er nur Namen aus dem Tierreich übrig hatte.

Dieser angenehme Zeitgenosse hat es fertiggebracht, in unzähligen Fällen seine Untergebenen in unfähiger Weise zu beschimpfen und zu mißhandeln. Das ganze entsetzliche Verbrechen, in das die Soldaten während des Karpathenkrieges hineingestoßen wurden, die seelischen und körperlichen Qualen, die sie zu erdulden hatten infolge des Hungers, der Kälte und der Entbehrungen, sie wurden durch den Oberleutnant Hiller nicht gemildert, sondern gesteigert durch barbarisches Auftreten. Die Kameradschaftlichkeit, die zwischen Offizier und Mann angeblich bestehen sollte, kannte er nicht. Diese Kameradschaftlichkeit hat es überhaupt nur in den seltensten Fällen gegeben; sie war im allgemeinen nichts weiter als eine schöne Lüge.

Entsetzlich ist es, noch einmal zu wiederholen, was dieser feige Buzze den wehrlosen Soldaten gegenüber alles tat, was er an Grausamkeiten und Unmenslichkeiten erfand, um die gemarterten Soldaten noch tiefer in den Kot zu treten und sich selbst über sie zu erheben. Fußtritte ins Gesicht, Schläge ins Gesicht, daß die Nase blutete, Hiebe mit der Keule, das waren seine beliebtesten Methoden zur Steigerung der „Disziplin“. Er trieb seine Verachtung gegenüber dem gemeinen Mann sogar soweit, daß er es fertig brachte, einen Soldaten zur Strafe auf der Brustwehr des Schützengrabens anbinden zu lassen, — zweihundert Meter vom Feinde entfernt, also gewissermaßen als Ziel für die gegnerischen Kugeln!

Der schlimmste Fall aber war der Fall Helmhake. Ein junger zwanzigjähriger Kriegsfreiwilliger, der durch die schöne Phrase des Verteidigungskrieges ins Feld zog, wurde von diesem Schinderhannes in Offiziersuniform wie ein Hund gereinigt. Krank und stich wurde er in ein verschmutztes Erdloch geworfen. Und Oberleutnant Hiller verbietet durch Befehl, den Gefangenen während dreier Tage weder zu essen noch zu trinken zu geben. Als der junge Mann, schon dem Tode nahe, von Sanitätern aus dem Erdloch geholt wurde, konnte es sich Hiller nicht versagen, den Sterbenden noch einmal mit Fußtritten zu quälen, ihn mit neuen gemeinen Schimpfworten zu überhäufen. Als der bedauernswerte junge Mann dann endlich von seinen Qualen erlöst war, heuchelte die Bestie von Vorgesetzten den Eltern des zu Tode Gemarterten vor, es sei ihm während der Krankheit die beste Pflege zuteil geworden; er „bedauerte“ das Ableben des tüchtigen Soldaten, den er selbst in den Tod getrieben hatte.

Das sind die nackten Tatsachen. Dem Staatsanwaltschaftsrat Dr. Sauer muß zugute gehalten werden, daß er in seinem Plädoyer ruhig und sachlich die Tatsachen sprechen ließ. Er war gezwungen, die Handlungen Hillers als bodenlose Rohheit zu bezeichnen. Jeder Mensch habe gute und schlechte Eigenschaften, und die schlechte Eigenschaft des Angeklagten sei die Bestialität. Hiller sei in der Kompagnie mehr gefürchtet gewesen, als die feindlichen Russen. Er habe durch sein Auftreten das Ansehen des Heeres und des ganzen deutschen Volkes geschädigt, und deshalb beantragte er die Bejahung sämtlicher Schuldfragen. Die Geschworenen haben ein anderes Urteil gefällt, ein Urteil, das in der Mentalität der herrschenden Gesellschaftsstände seine Begründung findet. Nichts sagt einmal, wenn man den Charakter des deutschen Volkes betrachtet, käme es einem vor, als seien die großen Männer, die Deutschland hervorgebracht habe, wie ein Raben-

schwarm über das Land gepflogen, ohne irgend eine Spur zu hinterlassen. Das Urteil gegen Hiller entspringt der gleichen Gesinnung, aus der Hiller heraus seine Taten vollbrachte, jener Gesinnung, die nicht auszurotten ist, solange jene Klasse herrscht, die geistig noch tief in der Barbarei wurzelt. Es steht heute fest: ob ein Angeklagter in Offiziersuniform vor Laienrichtern, vor Berufsrichtern oder vor einem Kriegesgericht steht; seine Handlungen werden nicht vom Gerechtigkeitsgefühl aus beurteilt. Es kommt auf den Zweck an, dem er diene, und da Hiller das „gefährdete Vaterland“ in den Vordergrund schied, fand er ebenso milde Richter, wie sie Marsoh und andere Verbrecher fanden, die ebenfalls ihre Rohheit und Bestialität mit der Maske der „vaterländischen Pflicht“ verbedeten und damit Widerhall fanden bei ihren Richtern.

Die Vergehen des Soldatenschinders Hiller stehen in einer Linie mit den Verbrechen, die nach der Revolution auf deutschem Boden von deutschen Offizieren an den eigenen Volksgenossen verübt worden sind. Dadurch, daß keines dieser schändlichen Verbrechen bisher eine Sühne gefunden hat, bedt die herrschende Klasse alle jene Schandtaten und dokumentiert vor aller Welt, daß sie der gleichen barbarischen Gesinnung huldigt. Nicht die Tat Hillers, nicht die gleichen Vergehen seiner Gesinnungsgenossen, sind das grauenhafteste, sondern der Umstand, daß derartige Barbareien verübt werden können, ohne daß es in Deutschland eine Stelle gibt, die für eine entsprechende Sühnesorgt. Dem Bürgertum aber, daß gerade in diesen Tagen wieder eine gesteigerte Hebe gegen die angebliche „schwarze Schmach“ betreibt, muß gesagt werden, daß nicht die schwarze, sondern die weiße Schmach zum Himmel schreit, und daß alles, was die Hiller, die Kulschs, die Marsohs und Kessels, die Zeitfreiwilligen und andere in Offiziersrang stehende Deutsche während des Krieges und nach der Revolution gegen ihre eigenen Volksgenossen begangen haben, von einem Schwarzen oder einem angeblich Wilden nie begangen worden ist.

Nur Barbaren sind derartiger Handlungen fähig. Und nur eine barbarische, dem Untergang geweihte Klasse kann in dem Vorgehen eines Hiller keine ehrenrührige Handlung erblicken!

Die Zollgrenze am Rhein

Di. Köln, 18. März.

Ueber den von der Entente am Rhein geplanten Zoll ist zuverlässig zu erfahren, daß sich in der Zufuhr der Lebensmittel nichts verändern soll. Vertreter der englischen Behörden in Köln haben der Kölner Stadtverwaltung dahingehende Versicherungen abgegeben. Grund zur Zurückhaltung liegt für die Handelswelt somit nicht vor.

Die alliierten Finanzachverständigen haben dem Oberkommissar in den Rheinlanden ihre Berichte über die zu erwartenden Ergebnisse der Beschlagnahme der Zolleinnahmen an der Westgrenze Deutschlands eingereicht. Der Beitrag soll nach einem Bericht eines amerikanischen Berichterstatters in Koblenz auf 15 Millionen Dollars angeätzt worden sein.

Ausdehnung der Besetzung

Bei Duisburg und Mülheim

Duisburg, 18. März.

Die alliierten Truppen haben den Bahnhof Oberhausen-West und die Schienen in der Gegend des Emshafenals besetzt. Die Besetzungen haben vorläufig eine geringe Stärke. Man rechnet mit einer dauernden Besetzung, da die Truppen dort Quartier gemacht haben.

Mülheim (Ruhr), 18. März.

Heute morgen gegen 7 Uhr ist der westliche Teil Mülheims mit dem Bahnhof Speldorf von französischen und belgischen Truppen besetzt worden. Die Besetzung erstreckt sich zurzeit auf den Bahnhof Speldorf einschließlich der Zugangswegen und der näheren Umgebung. Ein Befehl des Kommandeurs der alliierten Truppen wurde angeschlagen, nach welchem das Personal sämtlicher Verkehrsanstalten (Eisenbahn, Post, Telegraphen usw.) ihm unterstellt ist.

Die Ausfuhrabgabe

Eine französische Gesetzesvorlage

St. Paris, 18. März.

Die Gesetzesvorlage für die Ausfuhrabgabe auf deutsche Waren, die in Frankreich eingeführt werden, bestimmt, daß die Importeure von deutschen Waren einen gewissen Prozentsatz des Wertes dieser Waren an das französische Schatzamt zahlen müssen. Dieser Prozentsatz wird durch eine Verordnung festgesetzt werden und wenigstens 50 Prozent betragen. Güter, die durchgeführt oder in Entrepots aufbewahrt werden, fallen nicht unter das Gesetz. Verschiedene Ausnahmefälle sind gestattet.

Oberschlesien

Von Eugen Prager

Ueber den Ausfall der Abstimmung in Oberschlesien läßt sich viel weniger etwas voraussagen, als das vor parlamentarischen Wahlen möglich ist. Nicht die Klassenscheidung, so scheint es zunächst, bildet hier das entscheidende Moment, sondern der nationale Gegensatz. Selbst man jedoch den Schleiher von den nationalen Partolen, so erkennt man doch bald, daß auch hier letzten Endes wirtschaftliche Ursachen die Voraussetzungen für die Stellungnahme der Abstimmenden bilden.

Oberschlesien stellt kein einheitliches Gebilde dar. Der westliche und südöstliche Teil ist vorwiegend Agrarland, der östliche Teil dagegen gehört zu den hochentwickeltesten Industriebezirken. Der größte Teil des Landes ist im Besitze einer Handvoll Feudalherren, die auch auf die Industrie einen hervorragenden Einfluß ausüben. Die Klassenscheidung ist außerordentlich scharf ausgeprägt. Oben eine kleine Schicht von Industriemagnaten und Großgrundbesitzern, in ihrem Gefolge das Handelskapital und die Bourgeoisie; auf der untersten sozialen Stufe das Kleinvolk der Proletarier in den Gruben und Hütten, Walzwerken und Fabriken, eine große Zahl von Zwergbauern und beschlossenen Landarbeitern. Nun setzt sich die besitzende Oberschicht vorwiegend aus Deutschen zusammen, und auch das Beamtenvolk ist deutsch orientiert. Die beschlossenen Volksschichten dagegen sind Polen, oder wie von deutscher Seite gesagt wird, deutsch und polnisch sprechende Oberschlesier. Wäre das obereschlesische Proletariat schon zu klarem Klassenbewußtsein gelangt, so würde es den Kampf gegen das Kapital führen. Hier aber setzt die nationale Verheugung ein und fälscht den Gegensatz zwischen den Klassen um in einen Gegensatz zwischen dem deutschen und dem polnischen Volk.

Die Unabhängige Sozialdemokratie hat sich im Abstimmungskampf bisher neutral verhalten. Getreu dem Grundsatz des internationalen Sozialismus, daß die Völker selbst über ihre staatliche Zugehörigkeit entscheiden sollen, bekämpft sie ebenso die zwangswise Angleichung an volksfremde Staaten, wie sie sich der nationalen Verheugung der Völker gegenüber widersetzt. Das darf uns jedoch nicht hindern, zu der obereschlesischen Abstimmung Stellung zu nehmen. Unsere Auffassung muß geleitet sein von den sozialistischen Interessen, von den internationalen Interessen der Arbeiterklasse. In diesem besonderen Falle haben wir uns zu fragen, was für das obereschlesische Proletariat und für das Proletariat Deutschlands und Polens vorteilhafter ist: die Zugehörigkeit Oberschlesiens zu Deutschland oder zu Polen. Die Parolen auf Stimmenthaltung, wie sie von einzelnen Kreisen ausgegeben wurden, oder die Parole für Sowjetrußland, wie sie die Berliner Zentrale der kommunistischen Partei ausgeheckt hat, können in der augenblicklichen Situation nur lächerlich wirken. Wo die ganze Bevölkerung eines so wichtigen Gebiets und nicht zuletzt die Arbeiterklasse bis zum Grunde aufgewühlt ist, dienen solche Parolen nicht der Aufklärung, sondern der Verwirrung. Tatsächlich hat besonders der kommunistische Bequemlichkeitsstandpunkt in Oberschlesien nicht den geringsten Anklang gefunden.

Für das obereschlesische Proletariat steht es außer Frage, daß seine Lebenslage sich außerordentlich verschlechtern würde, wenn Oberschlesien an Polen fielen. Dem polnischen Proletariat würde damit nicht im mindesten geholfen sein, die deutsche Arbeiterchaft dagegen würde beim Verlust Oberschlesiens ungeheuren Schaden erleiden, und schließlich müßte er auch auf die internationale Arbeiterbewegung außerordentlich ungünstig wirken. Gewiß steht Deutschland ebenso wie Polen noch unter der Herrschaft der Bourgeoisie; dem obereschlesischen Beobachter könnte es als gleich erscheinen, ob der obereschlesische Arbeiter vom polnischen oder vom deutschen Kapital ausgebeutet wird. Geht man den Dingen aber auf den Grund, so wird man doch zu einer anderen Auffassung kommen. Auch die zaristische Regierung war eine Regierung der Bourgeoisie. Hätten die russischen Arbeiter also ruhig zuwarten sollen, bis der Zarismus von selbst zusammengebrochen wäre?

Deutschland ist ökonomisch soweit entwickelt, daß der Beginn der Umwälzung der kapitalistischen Wirtschaftsweise in die sozialistische beginnen könnte. Es liegt hauptsächlich an dem Maße der Erkenntnis und des Willens der Arbeiterklasse, wann diese Aktion einleitet und durchgeführt werden soll. Polen dagegen ist sowohl wirtschaftlich wie politisch ein durchaus unfertiges und unentwickeltes Gebilde, das sich vollständig in der Hand der Bourgeoisie befindet, und in dem die Arbeiterklasse, wenn die soziale Revolution keine unvorhergesehene Sprünge machen sollte, auf lange Zeit hinaus ohne wesentlichen Einfluß bleiben wird. Der polnische Staat lebt heute wirtschaftlich wie politisch von Gnaden des ausländischen, vornehmlich des französischen Kapitals, es stellt den osteuropäischen Ausläufer des französischen Imperialismus dar, der sich sowohl gegen Deutschland wie gegen Rußland wenden soll. Deutschland ist militärisch ohnmächtig; sein altes Heer ist verschwunden trotz der Anstrengungen der deutschen Nationalisten besteht keine begründete Aussicht, daß der alte Militarismus jemals wieder dauernd die Oberhand gewinnen könnte. Was Deutschland verloren hat, das hat sich

Polen neu geschaffen. Es wird zum starken Militärstaat ausgebaut, es hält dauernd große Teile seiner Bevölkerung unter den Waffen.

Auch ein Vergleich der wirtschaftlichen Verhältnisse fällt sehr zu Ungunsten Polens aus. Das polnische Proletariat befindet sich in einer jämmerlichen Lage; das Elend der Arbeiter ist schon bei uns außerordentlich groß, in Polen ist es noch viel schlimmer. Der Anfall Oberschlesiens an Polen würde lediglich das polnische und das ausländische Kapital stärken, das ober-schlesische Proletariat aber in die Verzweiflung der polnischen Arbeiterschaft mit hineinziehen.

Ausschlaggebend sind aber nicht diese allgemeinen politischen und wirtschaftlichen Interessen, die geeignet sein könnten, dem Egoismus der ober-schlesischen Arbeiterschaft Vorschub zu leisten, sondern die internationalen Interessen der Arbeiterklasse. Deutschland besitzt trotz der Fütterung seiner politischen Organisationen noch immer die härteste Arbeiterbewegung der Welt. Sind in Oberschlesien die nationalen Hemmungen beseitigt, so werden die Vorbedingungen dafür geschaffen sein, daß auch hier die Klassengegenstände sich nicht mehr in ihrer nationalen Form zeigen, sondern in der Form des offenen Klassenkampfes. Fällt Oberschlesien an Polen, so ist jede wahrhaft sozialistisch-revolutionäre Tätigkeit vorläufig und auf absehbare Zeit unmöglich. Soweit es bis jetzt eine sozialistische Bewegung in Polen gibt, ist sie noch in ihrem Kern nationalitätsorientiert, hat sie sich zur Handlangerin der polnischen Bourgeoisie hergegeben, ohne dafür auch nur die geringsten sozialistischen Zugeständnisse eingetauscht zu haben. Gewiß haben wir auch in Deutschland eine sehr lebendige Reaktion; aber selbst die Kommunisten, die aus ihrer Abneigung gegen die Bourgeoisie heilige Verfassung und aus ihrer Vorliebe für den Bürgerkrieg kein Hehl machen, können sich bei uns ungehindert entfalten, während ihnen in Polen Gefängnis, Zuchthaus und der Galgen droht.

So sprechen alle Gründe der sozialistischen Erkenntnis dafür, daß die ober-schlesischen Arbeiter nicht nur sich selbst, sondern ihrer ganzen Klasse zuliebe für Deutschland kämpfen müßten. Es ist ohne Zweifel ein unbehagliches Gefühl für jeden sozialistisch und international gesinnten Arbeiter, sich bei dieser Gelegenheit an die Seite der Bourgeoisie gedrängt zu sehen, die im Abstimmungsstempel an die niedrigsten Instinkte des Egoismus und des Nationalismus appelliert, und die die Gelegenheit ausgiebig benützt, um hinter dem nationalen Schilde ihr kapitalistisches Interesse zu verbergen. Aber dieser Zustand bildet nur eine vorübergehende, zwangsläufige Erscheinung. Kämpfen wir heute scheinbar in einer Front mit der Bourgeoisie, so doch nur um morgen um so schärfer zum Kampfe gegen sie aufzurufen. Wir wollen auch in Oberschlesien keine nationale Einheitsfront mit dem Bürgertum bilden, wir wollen vielmehr dafür arbeiten, daß mit Hilfe Oberschlesiens aus Deutschland ein sozialistisches Gemeinwesen werde, das seine Pflicht gegenüber der Arbeiterklasse der ganzen Welt und nicht zuletzt gegenüber dem ober-schlesischen Proletariat bis zum Äußersten erfüllen soll.

Der Abstimmungskampf

Material für die polnische Agitation

Die polnische Presse Oberschlesiens ist in der Lage, folgende Dokumente veröffentlicht zu können.

Regierung, Abt. Kirche — Schulwesen.

Oppeln, den 18. Februar 1921.

Die zu Kreis- und Seminarlehrern bestellten Lehrenden erhalten von jetzt an keinerlei Gehaltsbezüge mehr aus der Landeshauptkasse, auch nicht den nach Abzug der Vertreterkosten etwa verbleibenden Betrag. Die Zahlungen an diese Lehrenden sind mit sofortiger Wirkung einzustellen. Von der Rückforderung bereits gezahlter Gehaltsbezüge ist vorläufig Abstand zu nehmen. Die für die dortige Konskaltie in Frage kommenden Lehrenden sind auf der Rückseite vermerkt.

An die Kreise des Abstimmungsgebietes.

an J. B. Tidal.

An den Herrn Landrat

Kattowiz.

Herrn Lehrer B. A., Niederschlesien.

21. Mitteilung der Konskaltie Kattowiz vom 22. Februar 1921 sind sämtliche Gehaltszahlungen an Sie sofort einzustellen.

Zulassende: Gieschewald, Kreis Kattowiz.

Diese Verordnungen richten sich gegen diejenigen Lehrer, die in den polnischen Propagandakommissionen tätig sind. Sie sollen also wegen ihrer Ueberzeugung gemahnt werden. Wie verhält sich das mit der Erklärung der bürgerlichen Parteien und der Rechtssozialisten, daß kein Arbeiter, Angestellter oder Beamter für seine jegliche Stellungnahme bestraft werden soll? Man sieht an diesem Beispiel, daß der Nationalismus auch auf deutscher Seite seine übelnützenden Blüten treibt!

Kommunistische Arbeiter gegen kommunistische Parolen

Die aus allen Teilen des Reiches in Oberschlesien zur Abstimmung eingetroffenen Kommunisten haben folgende Entschlüsse gefaßt:

Die Zentrale sozialistischer Aktionsauschüsse Oberschlesiens hat für Mittwoch abend die aus der deutschen Republik eingetroffenen abstimmungsberechtigten Kommunisten in Oppeln, Beuthen, Gleiwitz, Königshütte, Kattowiz, Hindenburg und Ratibor zu einer Aussprache zusammenberufen, um über die Stellungnahme der R. P. D. eine klare Entscheidung zu treffen. Nach ausgiebiger Aussprache kam folgende einstimmige Entschlüsse als Resultat heraus:

Das ober-schlesische Proletariat würde dem größten Elend preisgegeben, wenn der ober-schlesische Industriebezirk an Polen fiele, deshalb kann kein ernstlich-revolutionärer Arbeiter die Verantwortung dafür übernehmen, durch eine falsche Taktik dem reaktionären, imperialistischen Polen den Rücken zu kehren.

Die Entscheidung fällt durch die ausgebeuteten Arbeitermassen Oberschlesiens, und sie muß deshalb so ausfallen, daß das Proletariat nicht in größere Knechtschaft als bisher, verflacht und energieles, den verschärften Klassenkampf zu führen in der Lage ist.

Der Zusammenbruch Polens wird bestiegelt durch die Abstimmung zugunsten der deutschen Republik, mithin ist dieses die erste Etappe zur weiteren Entwicklung der Weltrevolution.

Wir haben uns überzeugt, daß die kommunistische Partei Oberschlesiens im Schlepptau liegt und durch ihre falsche Taktik die Arbeitermassen verlor hat, die hin er ihr Leben taugten.

Die R. P. D. ist heute nur noch lediglich eine Organisation von Führern — ohne Soldaten.

Wir klammern geschloffen für die deutsche Republik, nicht aus nationalistischen, sondern aus wirtschaftlichen Erwägungen heraus und rufen

allen unseren Gesinnungsgenossen zu, jeden Mann an die Wahlurne zu holen.

Den polnischen Genossen unseren revolutionären Brudergruß. Wir arbeiten zu einem Ziele hin!

Zur sozialen Revolution, zur Befreiung der polnischen wie der deutschen Arbeiterklasse.

Die Zeit ist kurz, darum in den Endkampf!

Für das ausgebeutete Proletariat!

Wir aber werden zu gelegener Zeit gegen die von Polen bezahlten Mitglieder der R. P. D. eine Entschloßung fassen und ein Exemplar hinlegen lassen zur Reinsicht unserer Partei und zur Geschlossenheit der Proletarierfront. Auch mit der Gleichwertigen „Roten Fahne“ werden wir uns bei gelegener Zeit auseinandersetzen.

Der Aktions-Ausschuss: Franzel Sosinski, Homburg; A. Kaminski, Berlin; D. Stroh, Halle a. S.; Friz Wollert, Gelsenkirchen; Stanislaus Kinnarow, Effen; K. Stachalowitz, München; V. Radziejewski, Saarbrücken.

Ludendorffs Porträt

Eduard Bernstein hatte vor einigen Wochen behauptet, die deutsche Regierung habe während des Weltkrieges mit Zustimmung der Obersten Heeresleitung Lenin, Trotzki, Karl Radek und andere bolschewistische Führer im blombierten Wagen nach Rußland transportiert, um durch eine neue Revolution die Regierung Kerenski stürzen zu lassen. Zu diesem Zwecke habe die deutsche Regierung bzw. die Oberste Heeresleitung 50 Millionen Mark für die Förderung der bolschewistischen Propaganda in Rußland beigesteuert.

General Ludendorff hat darauf in einem Artikel im „Militär-Wochenblatt“ zu dieser dunklen Angelegenheit Stellung genommen. Er hat sich zwar um den Kern der Sache herumgeredet, schließlich aber doch erklärt, daß unter den „Zwang des Krieges“ derartige Maßnahmen mitunter notwendig seien. Zu gleicher Zeit spannt er allerlei Intrigen gegen Personen, die ihm während des Krieges unbehagen geworden waren. So verdächtigt er durch ein Zitat aus einem Artikel Albrecht Birchs den Grafen Brodorski-Ranhan, der während des Krieges Gesandter in Kopenhagen war, der bolschewistische Umtriebe, ja, er erhebt gegen ihn sogar den verstaubten Vorwurf, daß er durch seinen Umgang mit Parvus-Help-hand nicht nur die Anarchie in Rußland gefördert, sondern auch auf den Umsturz in Deutschland hingearbeitet habe.

Brodorski-Ranhan erwiderte daraufhin den General Ludendorff, die gegen ihn erhobenen Vorwürfe im „Militär-Wochenblatt“ durch eine Erklärung rückgängig zu machen. Ludendorff lehnte ab, und Brodorski-Ranhan sieht sich nun gezwungen, in einem offenen Brief an Ludendorff den „nichtwürdigen Annäherungen“ gegen seine Person entgegenzutreten. Brodorski-Ranhan führt in diesem Briefe aus, daß schon während des Krieges andauernd gegen ihn allerlei Verdächtigungen ausgebreitet worden seien. Insbesondere habe Professor Harms Ende 1917 durch einen Bericht an die Oberste Heeresleitung ihn, dem Grafen Brodorski-Ranhan, als Defäktisten denunziert und behauptet, er sei sich in Kopenhagen für die Abtretung von Nordschleswig ein. Brodorski-Ranhan habe daraufhin an das Auswärtige Amt eine Depesche gerichtet, worin er eine sofortige Untersuchung dieser Angelegenheit erbat. Die Oberste Heeresleitung, die nachgewiesenermaßen mit den „deutschen Kriegstreibern“ konspirierte, war aber den Einflüsterungen des Professors Harms unterlegen, und Brodorski-Ranhan mußte lange warten, bis ihm eine Genugtuung widerfuhr. Er bekam die Genugtuung erst dann, als er mit seinem Rücktritt gedroht hatte.

Es ist nun charakteristisch, daß Ludendorff damals eine Ehrenerklärung für Brodorski-Ranhan abgab, heute aber gegen ihn die alten Intrigen weiterjagt. Brodorski-Ranhan sieht sich deshalb gezwungen, folgendes zu schreiben:

„Trotz der mir noch 1918 schriftlich gegebenen Versicherung Ihres persönlichen Vertrauens und des Vertrauens der Obersten Heeresleitung weigern Eure Excellenz sich jetzt aber, mich vom Verdacht des Hochverrats, der in der Äußerung des Herrn Birch erblickt worden ist, zu schämen und zu erklären, daß es Ihnen ferngelegen habe, mich des feigsten Verrates zu zeichnen zu wollen. Ich überlasse es dem Urteil der Welt und Nachwelt, darüber zu entscheiden, ob Eurer Excellenz Tätigkeit während und nach dem Kriege dem deutschen Volke schädlich nachteilig gewesen ist als meine Arbeit.“

Selber bin ich zu spät in die leitende politische Stellung berufen worden, sonst hätte ich versucht, Eurer Excellenz das Einverständnis zu erleichtern, daß nach der verunglückten Offensive im Juli 1918, wenn nicht schon früher, der Krieg für uns militärisch verloren war. Ob Eurer Excellenz sich bemüht oder unbewußt dieser Erkenntnis verschlossen haben, weiß ich nicht; diesen Entschluß nicht gefunden zu haben, bleibt die unangeheure Verantwortung, die Sie vor dem deutschen Volke und der Geschichte tragen.

Durch die Angriffe im „Militär-Wochenblatt“ war ich zu meinem tiefen Bedauern genötigt, die Rolle, die Eurer Excellenz und ich in der Schicksalsstunde des deutschen Volkes gespielt haben, vor der Öffentlichkeit darzulegen. Dabei haben wichtige vaterländische Interessen mißachtet, Vorgänge zu erwähnen, deren Förderung dem Lande nachteilig sein könnte. Bis heute habe ich diese Rücksicht bei der Abwehr der Angriffe gegen meine Person beobachtet und hoffe, daß es mir möglich sein wird, diese freiwillig übernommene Schweigepflicht auch in Zukunft zu üben.“

Brodorski-Ranhan hat demnach noch vieles, und zwar das Allerwichtigste, über die Rolle Ludendorffs im Weltkriege verschwiegen. Es wäre angebracht, endlich rücksichtslos zu reden. Einmal um das Porträt Ludendorffs in moralischer Hinsicht abzurufen, im übrigen aber auch, um dem deutschen Volke endlich die Unheimlichkeit nachzuweisen, wie es durch die Unfähigkeit und politische Dummheit seiner „Führer“ geradeswegs in den Abgrund getrieben wurde.

Verleumdungen über die U S P D

Drahtmeldung unseres Korrespondenten

Düsseldorf, 18. März.

Wie wir erfahren, ist in der gestrigen Sitzung des erweiterten parlamentarischen Beirates für das besetzte Gebiet auch das in ausländischen Zeitungen verbreitete und von den Beteiligten nachdrücklich widerlegte Märchen aufgewärmt worden, daß Vertreter der U. S. P. gegenüber den Besatzungsbehörden Erklärungen abgegeben hätten, die sich mit der sogenannten nationalen Würde nicht vereinbaren lassen. Uns interessiert dabei die Person des Mannes, der gestern ganz besonders angestrengt in das nationalistische Horn geblasen hat, den Herrn Oberbürgermeister Dr. Adenauer aus Köln. Er ist kein Parteimitglied, sondern schon als Vorsitzender des rheinischen Provinzialparlamentes ein Mann, der gerade in diesen Tagen überlegen sollte, was er sagt und tut. Der Zentrumsprediger Adenauer, der so hoch patriotische Töne zu finden weiß, wenn es gilt, der ihm und seinesgleichen verhöhen U. S. P. eins auszuweisen, hat nicht bedacht, wie wenig — in seinem Sinne gesprochen — patriotisch er handelte, als er ohne jede nähere Prüfung den Pariser „Matin“ als unzuverlässige Quelle gegen seine eigenen Bundesgenossen gebrauchte. Wenn Herr Adenauer sich darüber einräumt, daß Arbeitervertreter mit der Besatzungsbehörde händeln, um ihre Angelegenheiten ungehindert betreiben zu können, so ist in diesem Zusammenhang

darin erinnert, daß die Kölner Stadterweiterung des Herrn Adenauer, wie uns genau bekannt ist, sehr wohl den Wert zur englischen Besatzungsbehörde zu finden weiß. Uebrigens wurde ihm auch von rechtssozialistischer Seite die Unanständigkeit solcher Handlung klar gemacht. Sollte an Ende gerade das rheinische Zentrum ein Bedürfnis fühlen seine Reichstreue besonders zu betonen? Es hätte Gründe genug dazu.

Die Einnahme von Kronstadt

DA. Riga, 18. März.

Der Rigaer Sonderberichterstatter der „Dena“ berichtet, daß das Revolutionskomitee von Kronstadt mit einer Schutztruppe von 625 Mann nach einer Flucht über das Eis in Finnland eingetroffen ist und den Fall Kronstadts besetzt. Ueber den Grund der plötzlichen Einnahme Kronstadts schweigen sich die Revolutionäre noch aus.

General Koslowss über den Fall Kronstadts

UL. Helsingfors, 18. März.

General Koslowss, der sich unter den Kronstädter Flüchtlingen in Finnland befindet, teilt folgendes mit: Am 2. März unternahm die Besatzung Kronstadts die Peterburger Behörden, die die Wostaner Regierung nicht länger anerkennen wollte, gleich wurden der Volkskommissar und der Flottenchef verhaftet. Ein Regierungskomitee wurde aus Kairofen und Arbeitern gebildet, dem sich der General und eine Anzahl von Offizieren zur Verfügung stellten. Am 4. März schlugen die militärischen Mitglieder dem Komitee einen Angriff auf Oranienbaum vor, was aber von den anderen Mitgliedern nicht gebilligt wurde. So wurde die einzige Gelegenheit zu einer ausschließlichen Offensive veräußert und man mußte sich auf die Verteidigung beschränken.

Unnötige Zwiesgespräche

Simons und die Sachverständigen

Berlin, 18. März.

Die Sachverständigen, die an der Kritik der Pariser Beschlüsse und der wirtschaftlichen Vorbereitung des deutschen Angebotes in London teilgenommen haben, sprachen heute bei dem Reichsminister des Innern vor und erklärten, daß sie auf Grund ihrer Kenntnis der deutschen wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit nach wie vor der Ueberzeugung sind, daß weder die mit den Pariser Forderungen der Entente noch die mit den beiden Londoner Angeboten der deutschen Regierung verbundenen finanziellen Leistungen von der deutschen Wirtschaft aufgebracht werden können. Diese deutschen Ueberbietungen, die wirtschaftlich nicht gesichert sind, müssen für ihre Erfüllung an ähnliche Voraussetzungen geknüpft werden und ähnliche Folgen zeitigen, wie sie von den Sachverständigen in ihrer Denkschrift über die Pariser Forderung dargelegt sind. — Demgegenüber erklärte der Reichsminister, daß er die Stellungnahme der Sachverständigen, wie er bereits im Reichstag bekannt habe, voll zu würdigen wisse, daß die Höhe der Angebote der deutschen Regierung aus politischen Erwägungen heraus bemessen worden sei und daß sowohl die Reichsregierung als auch der Reichstag diese an bestimmte Voraussetzungen gebundenen Angebote in London nach den Ereignissen der letzten Zeit als nicht mehr bestehend und endgültig erledigt betrachten.

Wir finden diese Einmischung der Sachverständigen, deren Kreis höchst einseitig ausgewählt war, und in dem die Arbeiterschaft bei weitem nicht jene Stellung einnahm, die sie mit Rücksicht auf ihre Bedeutung verlangen kann, höchst taktlos und meinen, daß sie überhaupt keine Politik zu machen haben. Das hat ihnen der Minister zwar zu verstehen gegeben, aber in zu zurückhaltender Form und nicht so deutlich, daß diese Herren es verstehen. Wir finden es nicht gerade zweckmäßig, wenn fortwährend Vorgespräche dieser Art geliefert werden. Auch glauben wir nicht, daß die Sache selbst damit im mindesten gefördert oder die Stellung der deutschen Regierung befestigt wird. Wir haben mehrfach gefordert, daß alles vermieden werden muß, was neuen Verhandlungen hinderlich sein könnte, und wir wiederholen diese Forderung. Wir fügen hinzu, daß die Regierung bemüht sein muß, Grundlagen für Verhandlungen zu finden, die so geartet sind, daß an dem ernststen Willen, den Verpflichtungen aus dem Friedensvertrag nachzukommen, kein Zweifel bestehen kann. Solchen Zwecken dienen nach unserer Meinung derartige Zwiesgespräche zwischen dem Reichsminister und den Sachverständigen nicht.

Die Arbeiterpartei gegen die Reparationsbill

London, 18. März.

Wie die Blätter melden, hat die englische Arbeiterpartei beschlossen, in der dritten Lesung der deutschen Reparationsbill die Ablehnung der Bill zu beantragen. Cignos wird heute ein Amendement einbringen, in dem es heißt: Während das Unterhaus will, daß Deutschland eine gerechte Reparation bezahle, kann es einer Forderung nicht zustimmen, die keine annehmbare Politik der Untertanen darstellt, nur dem britischen Handel Schaden zufügen und nur die Arbeitslosigkeit erhöhen würde. Das Gesetz ist eingebracht worden, bevor genügend Anstrengungen, um eine Regelung durch Uebereinkommen zu erzielen, oder ein geeigneter Versuch mit Hilfe des Völkerbundes oder eines anderen Tribunals gemacht worden ist, um festzustellen, wieviel Deutschland in der Lage ist zu zahlen.

Lloyd George über die Arbeiterpartei

London, 18. März.

Lloyd George hielt gestern auf einem politischen Essen in London eine Rede, in der er nachdrücklich für die Beibehaltung einer großen nationalen Partei eintrat. Er erklärte, die Arbeiterpartei bedeute eine erschreckend große Partei, die die herrschende Partei Englands werden würde, wenn nicht Schritte getan würden, die Wähler darüber zu unterrichten, welche Ziele sie sich selbst stecke. Diese Ziele seien für die gesamte Struktur der Gesellschaft so drohend, daß es Irrsinn wäre, über Trivialitäten zu streiten. Lloyd George erklärte, man müsse an die große Mehrheit des Volkes appellieren, die es ablehne, vom Wählerstimmen der Revolution fortgeritten zu werden. Die Arbeiterpartei wolle die Zerstörung der privaten Unternehmungen und die Umwandlung der gesamten Mittel der Erzeugung in eine große Staatsmonarchie. Wenn Lloyd George mit diesen Ausführungen andeuten will, daß ein Verleumdungsfeldzug gegen die Arbeiterpartei veranlaßt werden soll, so statuiert er mit. Wenn der englische Ministerpräsident seine politischen Methoden etwa plötzlich und überraschenderweise von der deutschen Reaktion entlehnen wollte, so würde er damit nicht nur die Schwäche seiner Position offenbaren, sondern er würde wahrscheinlich noch schneeller und gründlicher mit seiner verabschiedeten Verleumdung des Sozialismus hineingefallen ist.

Kappistische Mörder

Aus einer Nachsicht des Reichstages

Bei Beratung des Etats des Ministeriums des Innern in der letzten Sitzung des Reichstages wurden die Kappisten, die bisher von der nationalsozialistischen Presse verherrlicht und, wenn möglich, offen zugehörig liegender Scheinrichter Bestallungen vor Gericht gestellt, von den Gerichten freigesprochen für ihre Mordtaten. Diese Mordtaten, die einmal durch die Spießruten-gasse geführt, die Dauerhaftigkeit des Reichstages aber führte zu einem Journalistenstreik. Nachdem die Journalisten die Tribünen bereits verlassen hatten, kam unter Genosse Mehrhoff's Erlaubnis zu Wort. Die von ihm vorgebrachten Fälle unmenschlicher Kappistenmordtaten sind bisher in der Öffentlichkeit so wenig bekannt geworden, daß wir uns veranlaßt sehen, einiges aus seiner Rede wiederzugeben.

„In Thüringen haben sich“, so führte Genosse Mehrhoff aus, „gräuenvolle Szenen im März 1920 abgespielt. Die Grenzlinie von Sommerda ist bekannt. Heute bin ich beauftragt die Rot von etwa 20 Frauen und Kindern vorzutragen, deren Ernährer am 24. März 1920 in Tunzenhausen und Schallenburg von Reichswehrsoldaten erschossen und erschlagen worden sind. Es handelt sich um Leute, die keine Gewalttat begangen haben, und die vollständig unschuldig ermordet wurden. Ich gestalte mir, einen Brief der Gattin eines Ermordeten vorzulesen. Die Frau schreibt:

„Am 24. März marschierte ein Kommando Reichswehrsoldaten auf der Landstraße nach Schallenburg, Tunzenhausen und Sommerda. Vor dem Ort Schallenburg begegneten der Truppe zwei Männer, die den Soldaten von einem Landwirt als Spitzel denunziert wurden. Die Soldaten schlugen nun mit Gewehrköpfen auf die unschuldigen Menschen ein, so daß ein Mann im Straßengraben bald sein Leben ausatmete, und der andere infolge schwerer Verletzungen in das Krankenhaus überführt werden mußte, wo er heute noch liegt. Dann marschierten die Soldaten nach Tunzenhausen. Hier sagte der Oberleutnant Hagenborn: „Gefangene werden nicht gemacht“. Eine Gruppe Arbeiter, die sich zum Teil zur Arbeit aufs Feld begeben wollte oder von dort zurückkam,

wurde wie das Vieh in das Dorf zurückgetrieben. Dann sagte Leutnant Hagenborn: „Ihr werden erschossen!“ Als sich eine Gruppe Soldaten weigerte zu schießen, sagte: „Wer meinem Befehl nicht gehorcht, der wird von meiner Hand niedergestreckt“. Ein Soldat wagte noch zu bemerken, daß die Leute unschuldig seien. Doch nichts das alles nichts. Am Straßengraben, am Eingange des Dorfes wurden die Leute erschossen. Unter den Erschlagenen befand sich ein Vater mit seinen zwei Söhnen.

Dann gingen die Soldaten in das Dorf. Es begegnete ihnen ein harmloser Mann, der von einem Bauern als „Spitzel“ bezeichnet wurde. Auch er wurde an der Friedhofsmauer erschossen. Ebenso erging es einem vorbeifahrenden Kutschfahrer. Dann gingen die Soldaten unter Führung einiger Landwirte nach der Wohnung des angeblichen Spitzelführers Schaffner. Die verschlossene Tür wurde mit Gewalt erbrochen, und als sich die Ehefrau des Geschwundenen zur Wehre setzte und die Soldaten bei ihren Gatten nicht zu erschrecken, bedrohte sie ein Mann mit Erschießen und warf die

ihrer Niederkunft entgegengehende Frau die Stufen hinunter. Daraufhin stellte sich Schaffner selbst und sagte: „Ich bin mit meiner Schuld bewußt“. Er wurde die Dorfstraße hinuntergeschleift, dann durch das Aue geschossen, und schließlich am Eingange der Dorfstraße vor der Friedhofsmauer erschossen. Von den sogenannten Gnadenerschüssen“ (Rufe links: Schrecklich, ungeschwehlich!).

Die Angaben der Brieffreierin werden bestätigt durch die Feststellungen des Zivilkommissars für den Bezirk Erfurt. Der Ortseinwohner Otto Schönefeld in Tunzenhausen wollte in Begleitung seiner beiden Söhne auf das Feld gehen, um künstlichen Dünger zu streuen. Die Leute wurden von Soldaten ergriffen, an den Straßengraben gesetzt und mit noch andern unschuldigen Arbeitern erschossen. Von den Augen des Vaters sahen seine Söhne in den Gräbern, dann erlag auch ihn ein Schuß von seinen Soldaten.

Genosse Mehrhoff hatte ferner eine Anfrage an die Regierung gerichtet, was sie zu tun gedachte, um die Rot der Kappisten zu lindern und die Mörder zu bestrafen. Die Regierung antwortete, die Untersuchung sei im Gange, vor deren Abschluß und vor Anerkennung der Entschuldigungsverpflichtung Unterstützung nicht gewährt werden. Ein Jahr ist seit den Mordtaten verstrichen, die Frauen und Kinder der Ermordeten aber warten noch vergeblich auf staatliche Beihilfe. Warum soll sich der Staat auch um solche Kleinigkeiten kümmern. Und dann die Konsequenzen. Fälle wie in Tunzenhausen, Schallenburg, Thale können sich doch jeden Tag wiederholen. Wenn allen Angehörigen der Reichswehr und Zeitfreiwilligen mordartig Getöteten Anspruch auf Unterstützung zuerkannt würde, da könnte eine schöne Summe herauskommen. Auch die Hinterbliebenen der Blattpolizei des Leutnants Marloh warten noch immer vergeblich auf Vinderung ihrer Rot. Zahlreiche Gemeinden bemühen sich vergeblich, von der Reichsregierung die an die Hinterbliebenen der Blattpolizei gezahlten Beihilfen zurückzubekommen. Für die Koste-Garden selbst ist Geld in Höhe und Fülle da. Zu Mißwarden Viebesgaben an die Reeder und andere „arme Teufel“ langt's auch noch. Dann aber ist Schluss. „Denn ein Recht, zu leben, Lump, haben nur, die etwas haben.“

Sonderbare Ordnungshüter

Die Staffel A, von der jetzt im Kessel-Prozess andauernd die Rede ist, war eine militärische Formation, in der sich alle kontinentalen Elemente versammelt hatten. Sie arbeitete vom ersten Tage ihres Bestehens an gegen die Republik — für die Anarchie. Ihr oberster Vorgesetzter, der Herr Roste, war eine Puppe in den Händen der Offiziere, er deckte jedes Verbrechen, welches die Formation im Dienste der Gegenrevolution beging. Erinnern wir uns ihrer Taten:

Die Staffel Kessel hat den Mord an den 29 Matrosen in der Französischen Straße ausgeführt. Ihr gehörte der Leutnant Simons an, der im Sommer 1919 mit noch anderen Offizieren die französischen Fahnen aus dem Zeughaus holte und verbrannte. Die gegen ihn angeordnete „strenge Untersuchung“ endete mit dem Ergebnis, Simons sei „geistig nicht normal“. Diese Anomalie veranlaßte den Simons dann später, einen Mordversuch an dem in Haft befindlichen Karl Radel vorzunehmen. Der beabsichtigte Mord scheiterte an der Wachsamkeit eines Soldaten.

Zur Staffel K gehörte auch der berühmte Offiziersstellvertreter Lamshild, der Jögisches und Dorenbach ermordet hat und heute Leutnant bei der Sicherheitspolizei in Königsberg ist. Die Staffel K, reichlich mit falschen Papieren versehen, hatte auch die Flucht Bogels bewerkstelligt. Die bei der Staffel Kessel stehenden Offiziere und Mannschaften sind für diese und andere Verdienste reichlich belohnt worden. Die meisten stehen heute auf vorzüglichen Posten bei der Sicherheitspolizei. Auch der Oberleutnant Hofmann, der Marloh zur Flucht verholfen und sich des Verbrechens der Begünstigung schuldig gemacht hat, ein Vergehen, das mit Gefängnis bestraft werden muß, ist „Sicherheitsbeamter“ im Offiziersrang. Er erschien während als Zeuge im Gerichtssaal, führte dort allerlei militärischen Firtelns an und betonte mit herausfordernder Frechheit, daß er Marloh zur Flucht verholfen habe, weil die Befehlshaber „nur eine Vorbeugung vor den Unstabilitäten gewollt sei“.

Wir wollen von der politischen Gesinnung dieses Herrn hier nicht reden. Wir behaupten nur, daß er moralisch ungenügend ist, bei der Sicherheitspolizei Dienst zu

versehen. Ein Mann, der Verbrechern zur Flucht verhilft, ist nicht befähigt, das Volk vor Verbrechern zu schützen. Im Interesse der staatlichen Sicherheit erheben wir deshalb die Forderung, den Oberleutnant Hofmann sofort seines Dienstes zu entheben. Außerdem ist der Justizminister verpflichtet, Entschuldigungen darüber einzuziehen, warum das Strafverfahren gegen den Oberleutnant Hofmann wegen Begünstigung in Latenz mit Amtsvergeben bisher noch nicht zum Abschluß gekommen ist. Die Mitschuld Hofmanns an der Flucht Marlohs stand schon vor einem Jahre fest. Sind die dunklen Kräfte, die das Strafverfahren gegen Marloh hinstreckten haben, auch bei der Hintertreibung des Strafverfahrens gegen den Oberleutnant Hofmann am Werke? Uns scheint es angebracht, die Amtsführung der Voruntersuchung gegen Hofmann zu überprüfen unter Zugrundelegung des § 346 des Strafgesetzbuches, welcher bestimmt, daß Verjenige, der einen Verbrecher seinem gesetzlichen Richter entzieht, mit Zuchthaus bis zu fünf Jahren bestraft werden muß.

Sinnloses Värmen

Das unverantwortliche Gebaren des Herrn v. Raht in der Entwaffnungsfrage bietet der „Roten Fahne“ Gelegenheit, wider einmal ihre selten Letztern aufzumarschieren zu lassen. Nachdem die sozialistischen Parteien mit „Mistvoel, Bunde, Gefindel, Lumpengarde, Betrüger“ usw. tituliert worden sind, obwohl bekanntlich die Kommunisten keine heilere Sehnsucht kennen, als mit ihnen die proletarische Einheitsfront zu bilden, werden die Arbeiter aufgefordert, „auf das Geheh zu pfeifen“. Jeder Arbeiter sollte sich eine Waffe erwerben, wo er sie findet. Die Fundstelle wird allerdings nicht angegeben, so daß schließlich nur ein Pfeifkonzert übrig bleibe.

So ist das Ganze nur ein lächerliches Gerede. Man braucht sich auch nicht über die Gewissen- und Veranimatorlosigkeit der Leute aufzuregen, die mit solchen sinnlosen Redensarten sich werfen, weil das ja doch kein Mensch mehr ernst nimmt. Höchstens zeigen sie, daß nach der Ausschaltung Denis und Zeisins die neue Leitung der Kommunistischen Partei auch den letzten Rest an politischem Verstand und Verantwortlichkeitsgefühl verloren hat.

Aber für die Reaktion sind solche Schwägerelen allerdings unbezahlbar. Sie bieten ihr erwünschten Vordank zu immer erneuten Heheleien gegen die Arbeiterklasse. Das Spiel wird noch dadurch erleichtert, daß die Regierung ihrerseits einschreitet, die „Rote Fahne“ beschlagnahmt, und so der ganzen Sache ein Gewicht gibt, das ihr absolut nicht zukommt. Die Kommunistenführer, und insbesondere ihre neue Leitung, sorgen schon dafür, daß sie bei den Arbeitern in kürzester Zeit abwärts schafften. Politische Maßnahmen hemmen die in Prosech nur und sind schon deshalb schädlich und verwerflich.

Auf dem Wege zu Winnig

Unter dieser Ueberschrift polemisiert die rechtssozialistische „Chemnitzer Volksstimme“ mit bemerkenswerter Schärfe gegen die Tendenzen innerhalb der rechtssozialistischen Partei, die auf eine Koalition mit der Deutschen Volkspartei hinstreben. Als hauptsächlichste Befürworter dieser Koalition nennt das Blatt den Oberpräsidenten Gustav Roste und von Universitätsprofessor Dr. Paul Lensch. Hatte Roste, einem Beispiele Scheidemanns folgend, ein Berliner Boulevardblatt als Sprachorgan benützt, so verliert Paul Lensch seine Meinungen gleich im prominentesten Sinnesorgan, der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“. Hierzu bemerkt nun die Chemnitzer „Volksstimme“:

„Für eine ganze Anzahl Genossen kommt es offenbar nicht mehr in Betracht, daß die Sozialdemokratische Partei Deutschlands einmündig in Erfurt zusammengesetzt ist, um das Proletariat geistig und körperlich zu befähigen, zum Kampfe gegen das private Eigentum an den Produktionsmitteln, und daß sie sich sagte, zu diesem Zwecke müsse sie sich auch gegen den Staat wenden, sobald er sich zum Verteidiger dieser Gesellschaftsordnung aufwerfe, und sie damals außerdem ausgesprochen, daß sie als Träger dieses Gedankens das ferner historische Aufgabe bewußte Proletariat und als sein wesenhaftes Mittel den Klassenkampf ansehen müsse.“

Das Blatt schließt seine Polemik: „Nein, nein, sie sind falsche Propheten, die auf dem Wege zu Winnig ihre Värmzummal schlagen. Und die Arbeiter unserer Partei werden sich daran tun, das Mitgliedsbuch des Universitätsprofessors Lensch gründlich zu revidieren.“

Die Schlussfolgerung des Chemnitzer Organs der Rechtssozialisten ist nicht sehr konsequent, denn die von ihm bekämpfte Tendenz in der rechtssozialistischen Partei ist keineswegs nur an den Namen „Lensch“ geknüpft. Auch mit Roste ist diese Tendenz noch nicht erschöpft. Sie reicht vielmehr tief bis in das Mark der Partei hinein, und auf ihren Einfluß ist es auch zurückzuführen, daß sich die Rechtssozialisten im Reichstag immer wieder in die Einheitsfront mit den Sinnesparteiern begeben. Das verkennt auch die Chemnitzer „Volksstimme“ nicht ganz, denn sie schreibt in ihrem Artikel einleitend:

„Paul Lensch schrieb in der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“ Herrn Stinnes zu Ehren einen Leitartikel. Aber halt, so dürfen wir nicht fortfahren in der Beurteilung des freundlichen Parteilgenossen, weiß wir damit Gefahr laufen, eine Anzahl von auch solchen, wir meinen Parteigenossen, und einige besorgte Leitartikel, Raatverhaltende Politiker und selbst einige alte Weiber gegen uns zu mobilisieren, die uns dann womöglich mit der Bezeichnung „blutige Hege“ ehren und „kommunistischer Reaktionen“ bezichtigen.“

Nach den Beratungen und Beschlüssen des rechtssozialistischen Parteiaussschusses zu schließen, werden die Unzufriedenen von der „Chemnitzer Volksstimme“ nicht viel Glück mit ihren Anregungen haben.

Die Herren im Hause

Ablehnung der Landarbeitertarife durch die Agrarier

Berlin, 18. März.

Im Reichsarbeitsministerium fand eine Besprechung zur Herbeiführung neuer Tarifverträge in der pommerischen Landwirtschaft statt, da die bestehenden Verträge mit Monatslohn größtenteils ablaufen. Die Einigungsversuche wurden von den Gewerkschaften unter Zurückhaltung grundsätzlicher Bedenken angenommen. Die Verhandlungen scheiterten jedoch an dem Standpunkt des pommerischen Landbundes, der jede gemeinnützige Arbeit mit den Gewerkschaften solange ablehnt, bis die Frage der Tarifvertragsfähigkeit seiner Arbeitnehmersgruppe in dem von ihm gewünschten Sinne entschieden wäre. Die Sippe der pommerischen Klitschenjunger ist eine Pestheule am Volkstörper. Diese Forderung, daß die gelbe Einigungsgruppe, die sich der pommerischen Landbund angelagert hat, als gleichberechtigt mit der Landarbeitergewerkschaft an der Tarifgemeinschaft teilnehmen soll, hat nur den Zweck, die Tarife zu sabotieren. Die Erfüllung dieser Forderung

ist — ganz abgesehen davon, daß sich die Gewerkschaften mit dieser Sorte nicht an einen Tisch setzen können — tariftechnisch unmöglich, denn sie würde den Unternehmern in den Organen der Tarifgemeinschaft ein Uebergewicht geben und damit das Prinzip der Parität aufheben, auf dem ein Tarifvertrag, wenn er schon besteht, allein beruhen kann. Wenn sich also die Landarbeiter Pommerns ihre Tarife sollten erkämpfen müssen, so trägt diese bewußte Sabotage der Agrarier allein die Schuld daran.

Steuerermäßigung für Kriegsgefangene

Den V. B. N. wird geschrieben: Anlässlich der gegenwärtig im Steueraussschuß des Reichstages stattfindenden Beratung der Novelle zum Einkommensteuergesetz vom 28. 3. 20 haben der Reichsbund der Kriegsbeschädigten und die Reichsvereinigung ehemaliger Kriegsgefangener gemeinsam an den Steueraussschuß eine Eingabe gerichtet, in der für die ehemaligen Kriegsgefangenen die vollständige Steuerbefreiung für die Dauer eines Jahres nach Rückkehr aus der Gefangenschaft verlangt wird; wenn ein steuerpflichtiges Einkommen von 20 000 M. nicht überschritten wird. In der Begründung der Eingabe wird darauf hingewiesen, daß die ehemaligen Kriegsgefangenen deshalb für eine gewisse Uebergangszeit besonderer Begünstigungen bedürftig seien, weil sie während der Dauer der Gefangenschaft sich nicht wie andere Heeresangehörige schon auf den Wiedererwerb in das Erwerbsleben einrichten konnten. Auf die mangelhafte Familienunterstützung während des Krieges und darauf, daß den Kriegsgefangenen während der Dauer der Gefangenschaft ein Rechtsanspruch auf Wohnung nicht zustand, wird Bezug genommen. Die Eingabe des Reichsbundes und der Reichsvereinigung ehemaliger Kriegsgefangener bezeichnet die Vorschriften des § 28 des Einkommensteuergesetzes als nicht ausreichend, um den vorhandenen Bedürfnissen gerecht zu werden. An den Steueraussschuß ist die dringende Bitte gerichtet worden, sich der Berücksichtigung der Entwürfe für die Kriegsgefangenen nicht zu verschließen, da gerade gegenüber anderen Steuerpflichtigen, z. B. Waldbesitzern, die aus einmaligen Aufwendungen einen Gewinn erzielen, bei der Beratung der Novelle mit besonderer Milde vorgegangen worden sei.

Das Ende eines Schwindels

Die deutsch-nationale Presse hat sich nicht genug tun können mit Beschimpfungen der französischen Behörden, die angeblich unter schlimmsten Betrugsmanövern Werbungen für die Fremdenlegation veranfaßten. Selbst die Treuhänder der Regierung hielten sich dazu hergegeben, solche Werbungen zu verbreiten. Rumor machte nun das Reichsministerium des Innern hierzu amtlich feststellen, daß es leider den Tatsachen entspricht, daß eine große Zahl junger Deutscher sich freiwillig zur Fremdenlegation meldet. Sie reisen zu diesem Zweck erteils in das besetzte Gebiet, um sich bei den dort befindlichen Werbestellen für die Fremdenlegation anwerben zu lassen. Damit ist der Schwindel französischer Reklamationen ein für allemal beseitigt. Das Reichsministerium des Innern stellt ausdrücklich fest, daß das französische Konsulat in Frankfurt am Main sich nicht an diesen Werbungen beteiligt, daß es im Gegenteil Freiwillige, die sich dort melden, an die Werbestellen im besetzten Gebiet verwiesen hat. In Frankfurt selbst befinden sich nach amtlicher Auskunft keinerlei Werbestellen für die Fremdenlegation.

Die Ermordung Talaat Paschas

Der wegen des Mordes an dem türkischen Großwesir Talaat Pascha nach schweren Mißhandlungen festgenommene Süden Telloian ist einige Male vernommen worden. Er gibt unabweisbar zu, den Mord mit Ueberlegung und Vorbedacht aus Rache ausgeführt zu haben. Er behauptet, der Ermordete sei schuld an dem gewalttätigen Tode seiner Eltern bei der Vertreibung der Armenier. Er selbst habe sich durch die Flucht dem gleichen Los entzogen. Telloian hielt sich längere Zeit in Deutschland auf, um Talaat zu suchen. Als er ihn ausfindig gemacht hatte, bezog er eine Wohnung gegenüber der des Ermordeten, um ihn sorgfältig beobachten zu können. Als er nach einigem Wähen das Geld zur Flucht nach dem Anschlag in Händen hatte, schritt er zu seiner blutigen Tat. Ob er Mitheller hatte, konnte bisher noch nicht festgestellt werden.

Preussischer Staatsrat

Als Mitglied des Staatsrates wurde vom Rheinischen Provinzialparlament unter Genosse Peter Bieren, Düsseldorf, von den Kommunisten Schöffler, Remscheid gewählt. Unser Düsseldorf-Parteiblatt teilt bei der Gelegenheit mit, daß die Zentrale der V. B. N. in Berlin ein Zusammengehen mit der U. S. V. D. bei den Wahlen zum Staatsrat abgelehnt habe. Also lieber einen reaktionären Vertreter mehr, als Völkerverbindung. Das ist echt kommunistisch!

Explosionskatastrophe

Zehn Arbeiter tot — Fortdauernde Explosionen.

Erfurt, 18. März.

In dem Munitionslager Schwerborn bei Erfurt, in dem gefüllte Munition, Fliegerbomben, Seeminen usw. zum Zwecke der Metallverwertung entsorgt werden, stieg heute abends 5 Uhr ein Schuppen mit Schrapnellmunition in die Luft. — Nach einer Meldung der „Thüringer Allgemeinen Zeitung“ wurden in der gesamten Umgebung Fenster und Dächer eingestürzt. Vier Frauen konnten, zum Teil mit eingedrückt Brustkorb und schweren Handwunden, sich retten. Die übrigen, etwa zehn Arbeiter, haben allem Anschein nach den Tod gefunden. Genaue Feststellungen über die Zahl der Getöteten werden erst nach Ende der Explosionen möglich sein, die fortauern.

So fordern die Folgen des Kriegswahns immer noch neue Opfer von der Arbeiterschaft.

Wilhelm als Steuerdrückberger. In der Gemeinderatsversammlung von Doorn stellte ein Mitglied die Frage, weshalb der frühere deutsche Kaiser noch keinen Steuerzettel erhalten hätte. Der Vorsitzende antwortete, dies sei noch nicht geschehen, da der Kaiser von der holländischen Regierung seinerzeit die Erlaubnis erhalten habe, mit der Angabe seines Einkommens bis zum 1. April zu warten. Der Kaiser werde aber die Steuern für 1920 noch bezahlen müssen.

Freigabe der englischen Ausfuhr nach Rußland. Das Handelsamt teilt mit, daß die Ausfuhr nach Rußland für alle Waren, mit Ausnahme derjenigen, deren Ausfuhr nach fremden Ländern ohne den Lizenzbedarf, frei sein wird.

Auch ein Steuer. Nach amtlicher Mitteilung wird König Ferdinand am 24. September in Karlsruhe und am 28. in Bukarest unter großen Freizeitselten zum König von Groß-Rumänien gekrönt werden. Also gleich zweimal!

Verbilligung der Kotten für Lebensunterhalt in England. Seit dem 1. Februar sind die Kotten für den Lebensunterhalt in England wieder um zehn Punkte gefallen und damit besteht nun noch eine Ziffer von 141 Prozent gegenüber der von 1914.

Das erste neue Silbergeld — in Amerika. In New York ist in diesen Tagen mit dem Prägen von Silberdollars wieder begonnen worden.

Groß-Berlin

An den Gräbern der Revolutionsoffer

„Ein unbekannter Mann.“ Diese Grabinschrift auf dem Hügel eines gefallenen Achtundvierziger ist das Symbol der namenlosen hunderttausendjährigen geschichtlichen Größe jener unbekannteren Söhne des Volkes, die im Pulverdampf der Barrikaden ihren letzten Seufzer für Volksrecht und Freiheit aushauchten.

„Und daneben schlafen die Opfer der neuen deutschen Revolution: Heldenjünger unserer Zeit, würdige Nachfahren todesmutiger und kampfenischlossener Väter.“

„Nicht mehr waltet auf diesem Friedhof, wie in wilhelminischen Zeiten, der Schutzmann mit der Schere in der Faust seines Amtes. Noch steigt brennende Scham hoch bei dem Gedanken jener Zeit, da die Arbeiterschaft Berlins in langen Zügen und durch Deputationen zu dieser Stelle wallfahrte, um den Vorlämpfen der Freiheit auch äußerlich ihre Treue und Dankbarkeit zu bekunden.“

„Die Berliner Arbeiterschaft gedenkt ihrer Toten, gedenkt all der Namenlosen, die im Kampfe fielen und die im Friedrichshain und in Friedrichshagen zur letzten Ruhe gebettet sind.“

„Wie einst, so jetzt ist wieder nun das Volk belogen. Das Sturmesbanner ist zerfetzt. Zum zweitenmal sind wir betrogen. Doch nicht vergebens sein soll euer stummes Mahnen: Bald wehn im Völkerrückfallsturm die roten Siegesfahnen.“

„Von der Zentralkommission und der Reichstagsfraktion der U. S. P. D. und vom Verlag und der Redaktion der „Freiheit“ wurden ebenfalls prächtige Kränze niedergelegt, deren letzterer auf seiner Schleife die Worte trägt:

März, Monat der Revolution, Gefeigt durch die Opfer von 1848, Die Pariser Kommune von 1871, Wir harren und kämpfen Im Geiste der Toten Bis zum letzten Sieg.

„Weiter wurden Kränze niedergelegt von der Landtagsfraktion der U. S. P. D., sowie von der Gewerkschaftskommission Berlins und Umgegend; vom Bezirksverband der U. S. P. D., der die bezeichnende Inschrift trägt:

Den Kämpfern für demokratische Freiheit!

„Von den Betreibern stifteten Kränze die Arbeiterschaft der Firma H. S. Hermann u. Co., die Arbeiter Depot Dr. Abt. I Karlsruher, die Angestellten und Arbeiter des Güterbahnhofs Berlin Vog., die Belegschaft der Firma Rudolf Krüger, die Arbeiter der Firma Gebr. Silberberg,

das technische Personal der Freiheit-Druckerei. Die Arbeiterschaft der Firma Schwarzkopf legte einen Kranz nieder, auf dessen Schleife die Worte stehen:

„Die Idee lebt, und wenn ihr sie tausendfach mordet!“

„Das leuchtende Rot der Schleifen, das funkelnde Gold der Inschriften, die frischen Farben der Blumen geben dem Friedhof der toten Kämpfer ein hoffnungstreiches Gepräge. Hoffnung atmet die sprühende Natur des Friedhofes, Hoffnung und ungebrochener Kampfesmut künden uns die Schleifen der Kränze.“

„Die Ruhstätten der namenlosen Helden im Friedrichshain und in Friedrichshagen waren am gestrigen Tage das Ziel vieler Männer und Frauen. Die Söhne des Volkes, deren Gebirne hier ruhen, sind es wert, daß in diesem lichten Frühlingswetter die Berliner Arbeiterschaft zu ihnen pilgert. Sie ruhen nicht nur aus unter ephemerem Himmelszelt, sie sind, wie Wagnar einmal gesagt hat, begraben in dem großen Herzen der Arbeiterklasse.“

„Proletariat! Jener Boden ist heiliger Boden, denn er ist getränkt mit dem Blute unserer Brüder. Sie sind gefallen auch für uns und ihr Blut verpflichtet. Wir Ueberlebenden haben schwere Verantwortung zu tragen. Uns solcher Brüder würdig zu erwählen, das sollt ihr euch geloben, wenn ihr an ihren Gräbern steht.“

„Noch sind nicht alle Märzgepöbel —“

Moralische Vergiftung von Kindern

„Von Elternbetreibern wird lebhaft Klage geführt über Kinder, die geeignet sind, auf Kinder einen schlechten Einfluß auszuüben. Auch an anderen Stätten gehen oft Dinge vor, die gleichfalls zu einer moralischen Vergiftung von Kindern führen.“

Im Dreiklassenhaus

„Die Nachtwache macht ihre erste Runde durch die Säle. In Nr. 401, einem der zehnbettigen Räume für 2. Klasse-Patienten, hastet der Schwester flüchtend Blick auf einem Patienten, der durch gepflegten Körper und eigene Wäsche dem geübten Auge in den Reihen der werksamen Kranken auffallen mußte.“

Hundert Prozent

Die Geschichte eines Patrioten

Roman von Upton Sinclair

„Aus dem Manuskript übertragen von Hermann J. J. Müller“

Copyright by Der Welt-Verlag Berlin-Göteborg 1921

„Jim Goober war ein bekannter Arbeiterführer. Er hatte die Angestellten des Eisenbahntruffs organisiert, hatte einen gewaltigen Streik proklamiert und durchgeführt. Er hatte auch Bauarbeiterstreiks organisiert, etliche Leute behaupteten, er habe an halb fertigen Gebäuden Dynamit ausprobiert; dies hielten sie für einen gelungenen Witz. Jedenfalls wollten die Geschäftsleute der Stadt ihn irgendwo unterbringen, wo er sie nicht mehr belästigen konnte, und da ein unbekannter Wahnsinniger die Bombe gegen den Kriegsberetungsbüro-Umzug geworfen hatte, glaubten die Großen der Stadt, nun sei die günstige Gelegenheit gekommen.“

„All dies war natürlich ganz in Ordnung; Jim Goober war bloß ein Name für Peter, weit weniger wichtig, als eine einzige von Peters Maßnahmen. Peter begriff Guffens Sorgen, nahm ihm bloß übel, daß er ihm nicht gleich die Geschichte erzählt und ihm so die Schmerzen erspart habe. Wahrscheinlich aber, dachte Peter, wollte Guffen ihm eine Lektion geben, um sich seiner zu vergewissern. Peter hatte die Lektion gelernt, nun galt es Guffen und Doobman sie zu beweisen.“

„Halten Sie das Maul,“ hatte Guffen gesagt, und Peter sprach kein Wort über den Fall Goober. Aber er redete selbstverständlich über andere Dinge. Man konnte doch nicht den ganzen Tag über stumm wie eine Mumie umhergehen; außerdem gehörte es zu Peters Schwächen, daß er gerne von seinen Leistungen sprach, von den geschickten Antrieben, vornehmlich weicher er den letzten „Alten“ überlistet hatte. So mittels weicher er Gerad Leslie, dem Kohlentseufel, die Geschichte von Pericles Priam erzählte, diesem berichtete, wie er geholfen habe, dem Publikum viele tausend Dollars zu entlocken, und wie er und Pericles zweimal wegen Betrug verhaftet worden waren. Auch sprach er vom Tempel des Jimjambo und von den seltsamen und unglaublichen Din-

gen, die sich dort zugetragen hatten. Pashian el Kalandra, der sich den Hauptmagister des egyptischen Erotismus nannte, behauptete seinen Anhängern gegenüber, achtzig Jahre zu zählen, tatsächlich aber war er noch unter vierzig. Er gab sich als persischer Prinz aus, doch war er in einer kleinen Stadt Indianas geboren und hatte seine Laufbahn als Ausläufer in einem Kolonialwarengeschäft begonnen. Es wurde erzählt, er lebe bloß von einer Handvoll Früchte, aber Peter mußte jeden Tag Hefsen, ein großes Beefsteak oder ein gebratenes Huhn zubereiten. Dies seien Opferspeisen, erklärte der Prophet seinen Jüngern; Peter erhielt die Ueberreste der Opferspeisen und verschlang sie andächtig hinter der Tür des Dienierzimmers. Dies war ein Teil seiner Privatwohnung gewesen, die ihm gewährt ward, weil er vor dem Propheten die Diebstahle des Major-domus Tuschbar Alrogas verheimlichte.“

„Dieser Tempel des Jimjambo war ein wunderbarer Ort gewesen. Es gab dort mystische Altäre, von sieben Schleiern verhüllt, hinter denen der Prophet erschien, in ein langes, weißes, mit Gold und Purpur besetztes Gewand gekleidet, rosa gestifte Pantoffel an den Füßen, und mit einem symbolischen Hauptknoten. Seine Vorträge und religiösen Riten wurden von Hunderten von Leuten besucht; hauptsächlich von reichen Damen der Gesellschaft, die in ihren Automobilen zum Tempel gefahren kamen. Zum Tempel hatte auch eine Schule gehört, in der Kinder in die Geheimnisse des Kultus eingeweiht wurden. Der Prophet führte diese Kinder auch in seine Privatgemächer, und schreckliche Gerüchte entstanden — die schließlich dazu führten, daß die Polizei auf den Tempel eine Razzia veranstaltete; der Prophet floh, mit ihm der Major-domus und auch Peter Gudge, Küchenjunge und Helfershelfer.“

„Es belustigte Peter, Gerald Leslie seine Abenteuer bei den „heiligen Rollern“ zu erzählen, in deren Kirchengemeinschaft er zufällig geraten war, als er nach einer Beschäftigung suchte. Peter hatte sich der Sekte angeschlossen, hatte die Kunst, in Zungen zu reden“ erlernt, verstand gar bald, in verkrampfter Verkennung über die himmlische Glorie von seinem Stuhl zu fallen. Es gelang ihm, das Vertrauen des hochwürdigen Gamaliel Punt zu erwerben, der ihn im Geheimen dazu verwendete, Propaganda für eine Gehaltserhöhung zu treiben. Doch erfuhr Peter gewisse Dinge, die ihn veranlaßten, zu der Partei des Schusters Smither überzugehen, der der Gemeinde einzureden versuchte, er vermöge kräftiger und stärker zu „rollen“, als der hochwürdige Gamaliel. Peter hatte seinen Posten erst wenige Tage innegehabt, als er wegen des Diebstahls eines Pfannkuchens entlassen wurde.“

„An H. G.'s Wunde treten heftige Blutungen auf. Rasch bekommen werden die ersten Gegenmaßnahmen getroffen, bis der Arzt telephonisch erreicht worden ist. Dazwischen derselbe Klingelton nach kurzen Pausen öfters wiederholt. Das Klingelzeichen der Privatstation. Der Arzt erscheint. H. G. wird nach dem Verbandszimmer gebracht. Drerr, drerr, Privat Nr. 3 lautet. Die Schwester notifiziert H. G. — drerr, drerr, Nr. 3, Privat — Der Arzt ist fertig, verordnet die nötigen Spritzen. Unter feistlicher und körperlicher Anstrengung lagert die Schwester den Patienten in sein Bett. Drerr, drerr, Privat Nr. 3. H. G. ist wieder bei Besinnung. Drerr, drerr, drerr, drerr, Privat Nr. 3, 1. Klasse. Herr A. B. mit einer Stichwunde in der Wade, die er im Uebermut bei einem feistlichen Gelage dazwischenzeitigen hatte. Die Schwester eilt hin, entschuldigt ihr spätes Erscheinen, fragt nach seinem Wunsch. Der fleberfreie 1. Klasse-Patient verlangt nach einem Schluck Wein.“

„Rasch nach 401 zurück. H. G. soll eine Spritze bekommen. „Schwester, Schwester“, er kommt sich an die Helferin, „Schwester, geben Sie mehr, ein größeres, ein viel größeres Quantum als Sie geben dürften. Dann kann ich schlafen, tief ruhen, für immer die Augen schließen.“ „Schwester!“ bittet er inniger mit weicher Stimme. „Schaffen Sie einen Krüppel mehr aus der Welt.“ Sie schiebt ihm über das mit dichten Federn bedeckte Haupt, dreimal ruhig. „Worum sprechen Sie so, schlafen Sie ruhig, wenn die Sonne morgen beim Erwachen scheint, denken Sie anders und sind froh, daß Sie noch leben, um Ihren Glanz zu schauen.“ Er findet schwer nur ersinkenden Schlaf, der verscheucht wird durch das schwere, oft höhnende Atmen der anderen Patienten. Die Schwester überlegt: Zwischen 1. und 3. Klasse gibt es doch noch 2. Klasse-Besprechung. Warum steigt er nicht wenigstens dort in einem Zweibettzimmer?

„Ach so, das sind ja auch die Selbstschäfer!“

Der neue Mord in der Mark

„Einem Berliner Verbrecher ist allem Anscheine nach der Landwirt Walter Gröschke aus Lübben, der früher Offizier war, und jetzt im Walde bei Jandehbräu ermordet und beraubt aufgefunden wurde, in die Hände gefallen. Die Beschuldigung der Leiche und der Verhaftung ergab folgenden Tatbestand: Der Mörder, der angebliche Gutverwalter Max Lehmann, hat sein Opfer nicht über die Chaussee geführt, sondern mit ihm einen ganz einsamen Waldweg eingeschlagen, um unbemerkt das Verbrecher verüben zu können. Mitten im Walde, etwa 1 1/2 Kilometer von der Chaussee entfernt, verfehle „Lehmann“ dem ahnungslosen Landwirt plötzlich mit einem großen Werkzeug, wahrscheinlich einem Seitengewehr, einen Stich in den Rücken, der durch den ganzen Körper ging. Trotdem setzte sich der Ueberfallene noch zur Wehr. Denn man fand bei der Leiche seinen Revolver, der noch in er scharfe Patronen enthielt, von denen zwei angeschossen waren. Der Ueberfallene hatte zweimal abgedrückt, die Waffe hatte jedoch versagt. Dann erhielt er von dem Mörder einen Stich in die Brust, der ihn vollends niederstreckte. Der Verbrecher plünderte dann die Leiche aus und verpackte sie: endlich und bedeckte sie noch mit Reihig zu. Er erbeutete die Briefstapsche des Ermordeten mit einigen tausend Mark, seine goldene Remontuhr, den Trauring und auch noch die Stiefel und die Mähe. Die Uhr hatte Gröschke nach einer Gespöhenheit des Vaters von diesem zum 21. Geburtstag erhalten. Sie trägt außer einem Monogramm eine dementsprechende Widmung. Die Stiefel sind aus Leder geflochten und schwarz. Die Kopfbedeckung ist eine Seglermütze. Mitteilungen zur Aufklärung nimmt Kriminalkommissar Treitin im Zimmer 102 des Berliner Polizeipräsidiums entgegen.“

Immer drauf los geschimpft

„Daß die Kommunisten sich in dem Kampf gegen eigene Klassen-genossen erschöpfen, ist nachgerade bekannt. Wer es noch nicht wissen sollte, braucht nur einige Nummern der „Roten Fahne“ durchzublättern; handelt es sich um politische Fragen, geht es gegen die U. S. P. geht es um Fragen der Kommunalpolitik, ist die U. S. P. der einzige Angriffspunkt. Wie die Kommunisten es auf diesem Gebiete treiben, das beweisen sie alle Tage. Genuu wie die Deutschnationalen wettern sie täglich gegen den sozialistischen Magistrat, und sie arbeiten damit den Reaktionären in die Hände. Es gibt keinen Vorgang, der ihnen nicht zum Besten diene. Am 9. März hat ein Fräulein Ludwig vor Jugendfürsorgerinnen einen

10. „All dieses und noch anderes berichtete Peter, während er sei jetzt, unter dem Schutze der Autoritäten, völlig sicher. Nach zwei im Spital verbrachten Monaten jedoch wurde er eines Tages ins Bureau gerufen, wo Guffen stand und ihm voll schwarzer Wut anstarrte. „Sie verdammter Esel!“ waren Guffens erste Worte.“

„Peters Knie knickten ein, seine Zähne schlugen gegeneinander. „Wie?“ rief er.“

„Sagte ich Ihnen denn nicht, Sie sollten das Maul halten?“ Guffen sah drein, als wollte er abermals Peters Gelenk umdrehen.“

„Herr Guffen, ich habe keiner Menschenseele ein Wort gesagt, habe über den Fall Goober kein einziges Wort gesprochen.“

„Sturzflutartig kamen Peters Proteste, aber Guffen fiel ihm ins Wort: „Halten Sie das Maul, Sie Narr! Vielleicht haben Sie nicht über den Fall Goober geredet, jedenfalls aber haben Sie von sich selbst gesprochen. Haben Sie etwa nicht jemandem erzählt, Sie hätten mit Kalandra gearbeitet?“

„Ja, Herr.“

„Und Sie wußten, daß die Polizei ihn suche und auch Sie?“

„Ja, Herr.“

„Außerdem haben Sie erzählt, daß Sie wegen des Verkaufes betrügerischer Medizin verhaftet worden waren?“

„Ja, Herr.“

„Allmächtiger Gott!“ rief Guffen. „Was glauben Sie denn, was Sie jetzt noch als Zeuge wert sind?“

„Aber,“ höhnte Peter verzweifelt. „Ich habe doch nichts gesagt, was irgendwie Schaden könnte. Habe bloß...“

„Was wissen denn Sie, was zu Schaden vermag,“ brüllte der Detektiv und suchte gotteslästerlich. „Die Goober-Deute haben uns Espione in den Rücken gesetzt, haben sogar hier im Gefängnis einen Spion. Jedenfalls wissen Sie alles über Sie und Ihre Vergangenheit. Ihr blaues Geschwätz hat uns ruiniert.“

„Mein Gott,“ küsterte Peter mit erschütternder Stimme. „Stellen Sie sich doch Ihre Person auf der Augenbank vor! Bedenken Sie, wie man Sie vor den Geschworenen bloßstellen würde! Als Schwindler mit gefälschten Rezepten durchs Land reisen, wegen Betrug eingesperrt werden! Helfershelfer des verdamnten Schurken Kalandra.“

„Und Guffen fügte noch etliche furchtbare Worte hinzu, die die abschließlichen Laster charakterisierten, deren der Prophet beschuldigt worden war. „Und Sie sind in all dies verwickelt!“ (Fortsetzung folgt.)

Beratungen über das Wehrgesetz

Deutscher Reichstag

Sitzung vom 18. März.

Reichsbelleidungsämter

Die zweite Lesung des Haushalts für 1920 wird fortgesetzt. Zur Beratung stehen die Reichsbelleidungsämter (Reichsbeschaffungswesen).

Abg. Simon-Franken (U. Soz.): Unter dem Personal der Belleidungsämter ist eine große Beunruhigung entstanden, weil diese Ämter aufgelöst werden sollen. Die Rationalisierung hat heute ausdrücklich das Weiterbestehen und den wirtschaftlichen Ausbau dieser Ämter beschlossen. Die Belleidungsämter arbeiten heute auch für die Zivilbevölkerung und zwar meist billiger als andere Unternehmungen. Sowohl die Löhne wie die Leistungen sind bei den Belleidungsämtern dieselben wie bei der Privatindustrie. Sie machen dem Handwerk nicht mehr und nicht weniger Konkurrenz als z. B. eine andere Schuhfabrik. Auch ein Mangel an Beschäftigung kann nicht als Grund gegen ihr Weiterbestehen angeführt werden. Die Beamten der Post- und Eisenbahnen tragen sehr gern die Anzüge, die von den Belleidungsämtern gefertigt sind. Die Rationalisierung, die an dem erwähnten Beschluß der Nationalversammlung ausdrücklich mitgewirkt haben, sehen sich jetzt für die Privatindustrie ein. Dabei liefert die Privatindustrie oft wertlosen Schund. Wenn jetzt 4 Belleidungsämter für die Reichswehr und 4 für die Schupo arbeiten sollen, muß die Produktion eingeschränkt werden. Wir bitten, mit uns dafür einzutreten, daß die Belleidungsämter erhalten bleiben.

Abg. Erising (Zentr.): erklärt, daß die Auflösung der Belleidungsämter keine antilohndienstliche Maßnahme sei.

Abg. Barh (Komm.): Wir verlangen, im Einverständnis mit den Gewerkschaften, daß die Belleidungsämter bestehen bleiben und über ihren bisherigen engen Rahmen hinaus ihre Produktion erweitern.

Abg. Siebel (Soz.): Die Belleidungsämter haben keine Zukunft, sondern nur Darlehen bekommen; wenn sie buchmäßig zum Teil schlecht abgeschrieben haben, muß man auch den teuren Einkauf der minderwertigen Stoffe zu den Marktpreisen von 1919 berücksichtigen. Die Behauptung, die Beamten wollten von den Belleidungsämtern nichts wissen, ist unzutreffend. Der Bund deutscher Beamten hätte erst kürzlich eine Eingabe gemacht, in der er sich für Beibehaltung ausspricht. Es sehen hier für die Allgemeinheit große Interessen auf dem Spiel.

Abg. Simon-Franken (U. Soz.): Die Gegenstände des Abg. Erising gegen meine Ausführungen sind unhaltbar. Gerade bei einer Einschränkung der Belleidungsämter würden sie große Zuschüsse des Reiches erfordern.

Nach kurzen Bemerkungen der Abgeordneten Oberfahren (D. N.), Burjahn (Z.), Hoch (Soz.) wird der Titel Belleidungsämter angenommen.

Die sozialdemokratische Entschließung, welche ein unbefristetes Weiterbestehen der Belleidungsämter und Zurücknahme der bereits erfolgten Kürzungen von Gehältern und Annehmlichkeiten fordert, wird gegen die sozialistischen Parteien abgelehnt.

Der Ausschuss beantragt, die Belleidungsämter für Aufträge der Reichswehr und der Sicherheitspolizei bestehen zu lassen. Ein Antrag Arrstadt (D. N.), die Gemeinden dabei auszuscheiden, wird im Himmelssturm mit 159 Bürgerlichen gegen 118 sozialistische Stimmen angenommen. Der deutschnationale Antrag, von der Auflösung der Reichsbelleidungsämter in Wehrmacht und Schupo abzuweichen, wird angenommen.

Es folgt die zurückgestellte Abstimmung beim Reichspostministerium über die Entschädigung Müller-Franken (Soz.), die Reichsregierung zu ersuchen, die ausnahmsweise Bedienung der wehrlichen Post- und Telegraphenbeamten und Angehörigen, die in der Entlassung der unehelichen Mütter ihren Ausdruck finden, aufzuheben. Die Entschädigung wird im Himmelssturm mit 157 gegen 126 Stimmen abgelehnt. (Große Unruhe links.)

Das Wehrgesetz

Es folgt die zweite Beratung des Wehrgesetzes.

Abg. von Gallwitz (D. N.) begründet einen Antrag, in § 11 des Gesetzes die Worte „Deutsche Republik“ zu streichen und dafür Wehrmacht des deutschen Reiches einzusetzen. Da der Ausdruck Republik eine gleichmäßige Inkorrektheit sei.

Abg. Schöpslin (Soz.): Die Begründung des deutschnationalen Antrages, die wir heute hören, war wesentlich vorläufiger gehalten, als im Ausschuss, wo die Herren Deutschnationalen betonten, daß sie Monarchisten seien und hofften, in zwei bis drei Jahren die Monarchie wieder einzuführen. In dem ersten Wehrgesetz der deutschen Republik muß zum Ausdruck gebracht werden, daß es sich um eine Republik handelt. Gerade weil die weit überwiegende Mehrheit der Offiziere monarchistisch gesinnt ist, soll dadurch betont werden, um was es sich für sie bei einem eventuellen Umsturz der Verfassung handelt. Die monarchistische Propaganda wird in Zeitchriften, an denen aktive Offiziere mitarbeiten, ganz offen zum Ausdruck gebracht. Redner verweist Abg. auf eine Maximo-Zeitschrift, in der

der Kapp-Putsch vorgeherrschte

und der Geist des Freikorps gezeichnet wird. Der Antrag der Unabhängigen, wonach die Vertrauensleute im Heer nach dem Verhältniswahlrecht gewählt werden sollen, ist uns sehr willkommen. Ich habe mich aber überzeugen müssen, daß er bei der Zerspaltung der Truppenteile technisch undurchführbar ist. Ich bitte Sie deshalb, unserem Antrag auszusprechen, der das geheime Wahlrecht für die Vertrauensleute verlangt. Auch den unabhängigen Antrag, daß die Heereskammer zu allen Gelegenheiten und Beschlüssen betreffs der Reichswehr Stellung zu nehmen hat, können wir nicht annehmen. Auch gegen die Öffentlichkeit jeder Verhandlung müssen wir uns aussprechen. Das ist bei gewissen

internen Angelegenheiten nicht durchführbar. Die Anträge der Unabhängigen, daß die Heereskammer sich ihre Geschäftsordnung selbst gibt und daß für die Wahl der Vertrauensleute und für die Wahlen zu den Heeres- und Marinekammern Verhältniswahlen eingeführt werden sollen, lehnen wir wegen ihrer schweren technischen Durchführbarkeit gleichfalls ab.

Reichswehrminister Seyler: Die Vorwürfe des Abgeordneten Schöpslin gegen den Chef der Marineleitung weise ich zurück. Der Vorwurf, als ob die Heereskammer der Führung durch die Marinekammer bedürfe, ist unzutreffend.

Abg. Rheinländer (Zentr.): Im Gegensatz zu den Deutschnationalen nehmen wir entsprechend der Verfassung keinen Anstand, in den Entwurf hineinzuschreiben: Das Heer der deutschen Republik ist die Reichswehr. Wir haben kein Söldnerheer, im alten Sinne, sondern ein Heer von deutschen Berufssozialisten.

Abg. von Schoch (D. N.): Durch den Ausdruck „Wehrmacht der deutschen Republik“ wird die monarchistische Gesinnung nicht ausgeschlossen werden können.

Abg. Rosenfeld (U. Soz.):

Es ist ein interessantes Zusammentreffen, daß wir uns gerade heute mit dem Wehrgesetz zu befassen haben, an dem Tage, an dem die deutsche Arbeiterschaft der Pariser Kommune gedenkt, die vor 50 Jahren in Gefahr war, unter den Schritten der deutschen Armeen begraben zu werden, die auf Grund der allgemeinen Wehrpflicht gebildet waren. Die deutsche Arbeiterschaft gedenkt heute der tapferen Männer, die in Paris für den Sozialismus gekämpft haben. Wir wissen uns eins mit den Pariser Kommunisten, und wir sind überzeugt, daß die deutschen Arbeiter soldaten werden, was die Pariser Arbeiter am 18. März 1871 begonnen haben. (Leb. Beifall d. U. Soz.)

Wie tragen die allgemeine Wehrpflicht gern zu Grabe.

Sie war identisch mit dem Militarismus, und der Militarismus hat uns den Weltkrieg gebracht, und all das Elend, das im Gefolge dieses Krieges über die Völker gekommen ist. (Sehr richtig! bei den U. Soz.) Die Deutschnationalen empfinden die Bezeichnung des deutschen Heeres als eines Heeres der deutschen Republik als Schönheitsfehler. Soviel Schönheitsfresser haben sie doch sonst gar nicht. (Sehr gut! bei den U. Soz.) Wir wollen alle Organisationen ihres monarchistischen Charakters entkleiden. Freilich wird die Entschlebungsschlacht zwischen der Monarchie und der Republik nicht hier im Hause kommen, sondern draußen von den Massen geschlagen. (Sehr wahr! bei den U. Soz.) Diese Massen werden sich allen Kämpfen entgegenstellen, die die Monarchisten beginnen, und die Republik verteidigen. (Sehr richtig! bei den U. Soz.) Wir überschätzen die gegenwärtige Republik gewiß nicht, aber die kapitalistische Republik ist gegenüber der kapitalistischen Monarchie immer noch das kleinere Übel. (Sehr wahr! bei den U. Soz.) Der Reichswehrminister hat erklärt, daß auch ein Monarchist der Republik loyal dienen könne. Das befreit ich. Die Monarchisten müssen aus der Armee heraus, erst dann wird die Reichswehr einen ernsthaften Schutz der Republik bilden. (Sehr wahr! d. U. Soz.) Heute haben die Monarchisten der Armee das Heft in der Hand und sie drangalieren und schikanieren die republikanischen Soldaten. Der Reichswehrminister versagt den republikanischen Soldaten den Schutz gegen die monarchistische Aufzucht. Wir wollen den Soldaten eine wirkliche Vertretung geben. Das kann nur geschehen, wenn die Vertrauensleute der Soldaten aus allgemeinen, gleichen, geheimen und direkten Wahlen nach den Grundsätzen des Verhältniswahlrechts hervorgehen. (Sehr wahr! d. U. Soz.) Die Reichssozialisten wehren sich gegen die Verhältniswahl. Sie schätzen „technische Schwierigkeiten“ bei der Ausführung vor. Diese Schwierigkeiten lassen sich schon beseitigen, wenn man nur ernstlich will. Die Demokraten wollen der Wehrmacht sogar das Recht nehmen, ihre Beschlüsse im Reichstag vorzulegen. Was sind das für Demokraten, die solche Anträge stellen!

Die Vorwürfe des Reichswehrministers gegen die Soldatenräte weise ich entschieden zurück. Die Soldatenräte haben sich das große Verdienst erworben, das deutsche Heer zurückzuführen. Sie haben kostbares Heeresgut geklärt. Als die Offiziere die Flucht ergriffen, sind die Soldatenräte auf dem Posten geblieben. Vor allem haben die Soldatenräte die Armee in Arm mit den Arbeiterräten die deutsche Revolution durchgeführt und sich damit ein großes Verdienst um das deutsche Volk erworben. Wie wollen aus den deutschen Soldaten freie Männer machen. Die Reichswehr muß ein zuverlässiges Instrument der deutschen Republik werden. Die republikanische deutsche Armee den deutschen Republikanern. (Lauter Bravo bei den U. Soz.)

Abg. Däumig (Komm.) wendet sich gegen die zweifelhafte und wankende Stellung der Demokraten im Wehrausschuss. Wir lehnen das Gesetz ab, weil es seiner Struktur nach von der Entente und der deutschen kapitalistischen Regierung nur dazu benutzt werden soll, um revolutionäre Bestrebungen niederzuschmettern. Wir erkennen die männliche Offenheit, mit der Herr von Schoch seine Anhänglichkeit an den alten militärischen Geist hier bekannt hat, durchaus an und wollen es den alten Offizieren gar nicht zumuten, sich auf den neuen Geist umzustellen. Aber zwischen den weitest entfernten Anschauungen dieser Herren und den unsrigen gibt es nur einen Kampf auf Leben und Tod. Der Typus des neuen Heeres, den wir erstreben, hat sich in Russland schon herausgebildet, nämlich eine rote Armee, die sich nur aus den Angehörigen der Arbeiterklasse zusammensetzt.

Abg. von Gallwitz (D. N.): Die sozialdemokratischen Anträge lehnen wir ab. Die Forderung an die Pariser Kommune leitens des Herrn Rosenfeld empfinden wir in dieser Stunde als müßellos.

Abg. Schöpslin (Soz.): Auch ich stehe auf dem Standpunkt, daß im Dienste der Reichswehr keine Parteipolitik getrieben werden darf. Dem Reichswehrsoldaten kann es durchaus nicht schaden, wenn er in politischen Versammlungen über große wirtschaftspolitische Fragen aufgefälligt wird. Nach meinen Informationen

ist im Reichswehrministerium eine derartige Antipathie gegen den Reichswehrvorbund bereitet und ehemaliger Berufssoldaten vorhanden, daß man ihm mit allen Mitteln ans Leben gehen will. In Braunschweig hat eine Versammlung des Selbstschutzes stattgefunden, an der die Spiken des dortigen Wehrkreiskommandos teilgenommen haben. In dieser Versammlung sind

verfassungswidrige Neuerungen

gefallen, so vom Referenten, dem bayerischen Hauptmann Eisinger, und dem Angehörigen des dortigen Wehrkreiskommandos, Rittmeister von Meußolle. General von Seckert hat für die Beibehaltung des Heeres ebensowenig Verständnis, wie es die alte Heeresleitung gehabt hat.

Reichswehrminister Seyler: Ich habe immer den Standpunkt vertreten, daß das Heer ein Instrument der Regierung ist. Aus diesem Grunde stehe ich allen Bündnissen mißtrauisch gegenüber, da sie meistens durch ihre politische Bestimmung und Ordnung gefährden. Das lege ich auch vom Nationalverband deutscher Soldaten. Bei den zentralen Verbänden besteht die Gefahr, daß sie die politische Macht, die bei ihnen ruht, auch einmal gegen die Regierung verwenden. Den Chef der Heeresverwaltung möchte ich nicht in das politische Getriebe hineinziehen. Die Vorwürfe, die gegen General von Seckert wegen seiner Rede zu seinen Beamten und Offizieren erhoben worden sind, weise ich alle unbedeutend zurück.

Abg. Kubitz (U. Soz.):

Der Minister unterstreicht, daß die Reichswehr ein Instrument der Regierung ist; sie ist also ein Instrument der kapitalistischen Regierung und nicht ein Instrument gegen die Arbeiterklasse. Daraus erklärt sich unsere ablehnende Stellung gegen die Reichswehr überhaupt. Das hält uns natürlich nicht ab, uns für die Rechte der Soldaten einzusetzen; ebenso wollen wir daran mitarbeiten, daß der Reichswehr der Söldnercharakter genommen wird, und deshalb empfehlen wir die Annahme unserer Anträge. Mit dem preussischen Kadavergehorsam, der den Zusammenbruch herbeigeführt hat, muß endlich ein Ende gemacht werden. Der Minister hat kein Recht, gegen den R. d. B. einzuschreiten, es sei denn, daß eine Verfassungsänderung vorgenommen wird. Wir beantragen, daß das

Tragen von Zivilkleidung

allen Soldaten erlaubt sein soll; die Offiziere tun es ohnehin, wenn sie auf ihren dunklen Weiden schlafen. (Beifall.) Weiterhin das Dienste sollte man weder Uniform noch Waffen tragen; das verhindert nur die Anposung an die Zivilbevölkerung und schafft Konflikte zwischen Militär und Zivil. (Zwischenruf des Reichswehrministers: Was werden dazu die Wädel sagen!) Ja, die Wädel können wir allerdings nicht abschaffen. Das Siegerprivileg wird durch die angebliche Lebensgefährdung der Soldaten nicht begründet. Es denkt sich kein Mensch daran, denjenigen Arbeiterkategorien, die ständig in Lebensgefahr schweben, ein Steuerprivileg einzuräumen.

In den darauf folgenden Abstimmungen wird der Antrag von Schoch (D. N.), von Gallwitz (D. N.), wonach es im Gesetzentwurf „Heer des deutschen Reiches“ statt „der deutschen Republik“ heißen soll, gegen die beiden Rechtsparteien abgelehnt.

Der Antrag Dr. Rosenfeld (U. Soz.), Däumig (Komm.), wonach die Vertrauensleute nach dem allgemeinen gleichen direkten und geheimen Wahlrecht, nach den Grundsätzen des Verhältniswahlrechts zu wählen sind, wird gegen die Stimmen der Antragsteller abgelehnt. Ebenso abgelehnt wird der Antrag Dr. Rosenfeld, Däumig, daß die Kammer sich ihre Geschäftsordnung selbst gibt und das Recht hat, zu allen Heer oder Marine betreffenden Gesetzentwürfen und Verfügungen Stellung zu nehmen, sowie die Pflicht, ihre Verhandlungen öffentlich zu führen.

Der Antrag Müller-Franken (Soz.), wonach die Wahl allgemein und unmittelbar zu sein hat und ein Drittel der Kammern von den Offizieren, den Unteroffizieren und den Mannschaften gewählt werden sollen, wird mit 148 Bürgerlichen gegen 125 sozialistische Stimmen ebenfalls abgelehnt. Angenommen wird ein Antrag Hase (Dem.), die Bestimmung zu streichen, daß die Beschlüsse der Heereskammer dem Reichswehrminister und dem Reichstag unverzüglich zur Kenntnis zu bringen sind. Weiter werden alle unabhängigen und sozialdemokratischen Änderungsanträge abgelehnt, darunter die Anträge, die den Soldaten die Teilnahme an politischen Versammlungen sowie die Angehörigkeit zu unpolitischen Vereinen gestatten wollen, ebenso die Anträge, den Soldaten außerhalb des Dienstes das Tragen von Zivil zu gestatten und das Tragen von Waffen zu verbieten. Vor der Abstimmung bemerkt

Dr. Rosenfeld (U. Soz.): Namens meiner Freunde habe ich zu erklären: Nachdem alle unsere Versuche, das Wehrgesetz zu verbessern und den Soldaten die politischen und gewerkschaftlichen Rechte zu geben, die allen Staatsbürgern zustehen, gescheitert sind, sind wir nicht mehr in der Lage, diesem Gesetz zuzustimmen. Es ist ein

Ausnahmegesetz gegen die Soldaten

geworden, und ein solches Gesetz lehnen wir ab. (Beif. bei den U. Soz.)

Präsident Lohse: Nachdem es durch den Widerspruch der kommunistischen Partei unmöglich geworden ist, am Sonnabend die dritte Beratung des wichtigen Gesetzes zur Ausführung des Friedensvertrages vorzunehmen, sind wir gezwungen, am Montag und Dienstag zu tagen. Der Reichstag kann die Verantwortung nicht übernehmen, an diesen Tagen nicht in beschlußfähiger Zahl zusammenzutreten, da die Gesetze vor dem 1. April verabschiedet werden müssen. Wir haben aber keinen Grund mehr, die Tagesordnung heute so reichlich zu heraten wie an den Tagen vorher. Wir werden daher nur noch die Gelegenheitswörter beraten, zu denen voraussichtlich keine Vorberatungen erfolgen.

Es folgt die zweite Lesung zur Verlängerung der Gültigkeitsdauer des Kohlensteuergesetzes bis Ende Juni.

Die Abg. Henke (U. Soz.), Düwelle (Komm.) und Reil (Soz.) sprechen sich in kurzen Ausführungen gegen das Gesetz aus. Das

Teizi

sind sie billig!



In Verarbeitung mit der durchgehenden Ledersohle, Vollabsatz, feinstes Weißleinen-Oberstoß, entzückende, kurze moderne Form

Wir

erleben

fabrikieren selbst und versenden nur direkt an unsere 123 Verkaufsstellen. Darum sind wir auch so billig

Schuhfabriken

Tack & Co. A.G. Burg

198:

Burg

b. Magdeburg

- NW. Friedrichstr. 240/41
- V. Potsdamer Strasse 50
- V. Schillingstrasse 14
- NW. Rauschelstrasse 29
- NW. Turmstrasse 41
- NW. Wilmersb. Str. 22
- N. Brunnenstrasse 37
- N. Dausiger Strasse 1
- N. Friedrichstrasse 139
- N. Köllnerstrasse 9
- O. Andrastrasse 39
- O. Frankfurter Allee 22
- SO. Oranienstrasse 2a
- SO. Wrangelestrasse 49
- C. Hospitalstrasse 13
- C. Rosenthaler Str. 14
- Neukölln, Bergstr. 30/31
- Charlottenburg, Wilmersb. Str. 123/131, Potsdam, Brandenburger Strasse 34

Man achte auf den Vornamen „Conrad“

Gesetz wird danach angenommen. Ebenso wird angenommen die Änderung des Zündwarensteuergesetzes und das Gesetz über vorläufige Zahlungen auf die Körperschaftsteuer.

Ostklassenverzeichnisses für die Beamten

entlohnung sich eine lebhafte Debatte. Der Ausschuss verlangt in einer Entschließung möglichst beschleunigte Vorlegung eines Gesetzesentwurfes über die Ostklassenzuschläge, behält sich aber eine endgültige Regelung vor, die Ausschaltung soll aber sofort nach der Zustimmung des Reichstages begonnen werden.

Abg. Frau Jeky (U. Soz.): Wir sind gegen ein Rotgesetz und gegen eine provisorische Regelung, weil wir stets die Erfahrung gemacht haben, daß eine spätere Besserung der gesetzlichen Bestimmungen außerordentlich schwer ist. Wir wünschen statt fünf nur drei Ostklassen und eine Einteilung nach Wirtschaftsgebieten. Uebrigens ist es ausgeschlossen, ein Provisorium, das wir noch nicht vor uns gesehen haben, ein bloß anzunehmen. Unser Antrag geht dahin, auf die Reichsregierung hinzuwirken, daß die Summen auf die die Beamten zweifellos Anspruch haben, sofort ausbezahlt werden, und daß danach erst eine Regelung des Ostklassenverzeichnisses definitiv erfolge.

Abg. Frau Wadwig (Komm.) schließt sich der Vorrednerin an. Reichsfinanzminister Dr. Wirth: Wir legen eine Entschließung der maßgebenden Beamtenverbände und des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes vor, worin sich die Beamten mit dem Rotgesetz einverstanden erklären. Der unabhängige Vorklass dient nicht den Beamten; er bedeutet eine Aufzehrung an den Finanzmitteln, eine ungeschickte Handlung vorzunehmen. Als Finanzminister darf ich nur auf Grund von Gesetzen Zahlungen vornehmen. Mit der Annahme des vorläufigen Gesetzesentwurfes soll der definitive Entwurf des Ostklassenverzeichnisses nicht vorgeschritten werden.

Abg. Frau Jeky (U. Soz.): Auch wir wünschen die sofortige Auszahlung, können uns aber trotzdem nicht mit diesem Provisorium abfinden.

Reichsfinanzminister Dr. Wirth: Der Antrag Jeky muß abgelehnt werden; er fordert mich zu einer ungeschickten Handlung auf.

Der Ausschuh Antrag wird angenommen.

Das Haus verlegt sich auf Sonnabend 12 Uhr: Jugendwohlfahrtsgesetz, Änderung der Reichsabgabenordnung, Vertretung der Länder im Reichsrat, dritte Lesung der Etat. 1920 und 21. Postgebührgesetz, Änderung des Einkommensteuergesetzes und des Entwaffnungsgesetzes, das auf Antrag des Abg. Schulz-Bromberg (D. R.) noch auf die Tagesordnung gesetzt wurde. Schluß 8 Uhr.

Der Kassenrat des Reichstages hielt am Freitag nachmittag eine Sitzung ab, um über die Geschäftsabhandlung des dringenden Materials zu beraten. Der Reichsfinanzminister betonte die Notwendigkeit der Berücksichtigung der Novelle zum Einkommensteuergesetz und des Ausführungsgesetzes zum Friedensvertrag (Art. 177/178), während von anderer Seite auch die Berücksichtigung des Gesetzes über die Erhöhung der Unfallrenten verlangt wurde. Da die kommunistische Fraktion der Berücksichtigung der in Frage kommenden Gesetze am Sonnabend in zweiter und dritter Lesung widersprach, wurde deren Erledigung für Montag und Dienstag in Aussicht genommen. Die Oberpause soll augerufenfalls bis 20. April dauern. Dem Präsidenten wurde es überlassen, den Reichstag für den Fall der Dringlichkeit schon früher zu berufen.

Die Entwaffnungsschieber

Aus dem Ausschuss des Reichstages

Der Entwaffnungsausschuss des Reichstages legte am Freitag seine Beratungen über die Entwaffnungsvorlage fort. Der bayerische Bevollmächtigte v. Freger suchte Herrn Koch in Schutz zu nehmen. Dr. Breitscheid habe zu Unrecht behauptet, daß Herr von Koch im Bayerischen Landtag aufgefodert habe, dem Gesetz Widerstand zu leisten. Er habe „nur“ erklärt: „Ich kann die nicht verurteilen, die sich nicht entwaffnen lassen.“ In diesen Worten liegt natürlich eine direkte Aufforderung zum Angehorsam. Die Aussprache gestaltete sich dann wie folgt:

Minister Koch: Das Gesetz ist sehr dringlich, die Reichsregierung ist bemüht, ohne Reibungen die Entwaffnung durchzuführen. Die Ausführung soll in schonender Form vorgenommen werden.

Sümann (S. P. D.): In Ostpreußen haben die 80.000 Mitglieder der Einwohnerwehr nur 3.000 Gewehre, eine solche Wehr hat gegenüber einer regulären Armee gar keinen Wert. (1) Für innere Unruhen reicht die Reichswehr und die Sicherheitswehr vollkommen aus.

Dr. Rosenfeld (U. S.): Der bayerische Bevollmächtigte hat einen ganz untauglichen Versuch unternommen, Herrn Koch zu entlasten. Das vorgebrachte Bild des Herrn Koch beweist gerade das, was Breitscheid gesagt hat. Wir verlangen vom Reichsfinanzminister, daß er für die Durchführung des Entwaffnungsgesetzes auch in Bayern sorgt. Die bayerischen Zustände müssen endlich andere werden. Letzten Sonntag konnten die bayerischen Nationalisten ungehindert in den Straßen Münchens demonstrieren. Einem Demonstrationszug der U. S. P. D. wurde nicht einmal geknickt, rote Fahnen mit sich zu tragen. Bis an die Zähne bewaffnete Sicherheitsjohannis haben, mit Gummistöpseln versehen, einen Demonstrationszug der U. S. P. D. auseinandergetrieben. Das sind unerhörte Zustände. Wir verlangen die völlige Entwaffnung aller Einwohnerwehren.

Unterleitner (U. S.): Die bayerische Einwohnerwehr erzeugt erst die politische Beunruhigung. Auch die bayerische Regierung hat gegen die Kapitalisten härtesten Protest erhoben. Wenn Bayern die Ausführung selbst überlassen wird, geschieht gar nichts.

Reichsfinanzminister Wirth: Das Gesetz muß schleunigst verabschiedet werden. Die volle Verantwortung für eine Verzögerung trifft den Reichstag. Wir stehen vor der Gefahr, daß die Entente Zwangsmaßnahmen anwendet. Und wenn in einem Falle, wo die ganze Welt gegen uns ist, wir uns eine Verzögerung zuschulden kommen lassen, würden wir uns Gefährten auslesen, die wir nicht verantworten können.

v. Anst. (D.): In Ostpreußen ist die Einwohnerwehr eine Notwendigkeit. (2) Auch der sozialdemokratische Arbeiter in Ostpreußen will keine Kuh und sein Schwein mit der Waffe schützen.

Dr. Kaddrich (S. P. D.): Wir wollen nur den Friedensvertrag ausführen, nicht, wie die U. S. P. D. auch innerpolitische Punkte geltend machen. (1)

Minister Koch: Wir können nicht alle Selbstschutzorganisationen verbieten. Wir haben ja Wache- und Schützengesellschaften und einen Schutz für Weinberge. Durch dieses Gesetz wird niemandem die Waffe genommen.

Dr. Rosenfeld (U. S.): Die Reichsregierung ist selbst schuld daran, wenn das Gesetz noch nicht fertig ist. Sie hätte lange vor den Londoner Verhandlungen das Gesetz einbringen können, und auch nach London hat sie noch gezögert. Der Hinweis des Ministers Koch auf die Wache- und Schützengesellschaften und auf den Schutz von Weinbergen kann doch nur so mich wirken. Das Eingekändnis des Ministers, daß durch dieses Gesetz niemandem die Waffe genommen wird, ist bezeichnend. Mit dem ganzen Gesetz führen Sie nur eine Komödie auf. Es kommt Ihnen nicht ernstlich darauf an, die Einwohnerwehren zu entwaffnen. — Alsdann wurde die Weiterberatung vertagt.

In der folgenden Ausschusssitzung ergab sich bei der Spezialberatung u. a. 1. daß die Vertreter aller bürgerlichen Parteien den Versuch machten, dem Gesetz eine Fassung zu geben, nach der die bayerische und ostpreussische Einwohnerwehr nicht mit der Sicherheit der Entwaffnung und Waffnung verfallen. Auf die Frage des Abgeordneten Dr. Rosenfeld (U. S.), ob die bayerische Einwohnerwehr unter die von den verschiedenen Parteien vorgeschlagenen Fassungen des § 1 fallen würde, wurde von den Antragstellern erklärt, daß es den Gerichten überlassen bleibe, das später zu entscheiden. — Unterleitner (U. S.): Man

geht! also nur um den Kern der Sache herum, man will immer noch die Auflösung der bayerischen Einwohnerwehren verhindern. Bei der Abstimmung fand keine der verschiedenen Fassungen eine Mehrheit, so daß der § 1 mit Stimmenmehrheit abgelehnt wurde. Der Ausschuss vertagte sich darauf auf Sonnabend.

Die Vertreter der bürgerlichen Parteien und die Regierung haben sich durch diese Beratung selbst entlastet. Sie wollen die Einwohnerwehr nicht auflösen, sie wollen auch die Kontrorevolution nicht entwaffnen. Sie wollen durch ein durchsichtiges Mandat den Schein erwecken, als sei der Friedensvertrag erfüllt worden. Im übrigen aber sollen die militärischen Geheimformationen erhalten bleiben als Reservearmee der Monarchie. Das ist das nackte Ergebnis der bisherigen Verhandlungen.

Der Untergang des Abendlandes

In allen wirtschaftlichen Erörterungen, wie sie heute im Anschluß an die Probleme des Friedensvertrages, der Wiedergutmachung, der Volustabilisierung usw. angestellt werden, wird insgesamt von dem Europa, wie es war und — wie es nicht mehr ist — ausgegangen. Wohl hat man notgedrungen die Weisheit ausgegraben, daß kein Land, kein Erdteil mehr als isolierter Wirtschaftszustand leben kann, mag das der Nationalismus auch noch so sehr ersehnen. Aber man hat nicht gemerkt, daß heute nicht mehr die Wirtschaftswelt der alten Gewichtsverteilung besteht.

Was war Europa vor dem Kriege? Europa war das reiche Mutterland der Zivilisation, das Herz der Welt. Europa war zu dieser erhabenen Macht gelangt, indem es seinen Vortritt vor den anderen Erdteilen ausnützte. In welcher stuporösen Weise dies geschah, haben die Untersuchungen über die Entwicklung des modernen Kapitalismus gezeigt. Die Bedingungen des Aufschwungs wurden vornehmlich durch die Ränderpolitik in den Kolonialländern gegeben. Es steht der Hochmut noch tief im europäischen Wesen: Die Andersfarbigen sind zur Ausbeutung da. Gehorchen sie nicht willig, nun, so tanzen sie nach dem Takt unserer Schiffgeschütze.

Nach der Zeit der absoluten Herrschaft und des Raubbaues folgte die gerotete Ausnutzung mit Hilfe von Missionen und Brantwein. Es hatten sich nun schon eine Menge von Auswanderern „drüben“ angesiedelt, und diese begannen, sich mehr und mehr zu emancipieren, sich auf neuem Boden heimisch zu fühlen. Die weiten Strecken des jungfräulichen Landes standen nun ihrer Laibkraft offen. Erstens Produktion mußte in jeder Hinsicht getrieben werden. Dies ist ein allgemeines Gesetz der wirtschaftlichen Entwicklung, daß die Werte des Raumes die Sorglosigkeit und Extensivität des Wirtschaftslebens bewirkt, während die Länder älterer Kultur sich damit beschäftigen, aus ihrer Produktivkraft das hochwertigste Produkt herzustellen. Es werden also in den jungfräulichen Ländern Rohprodukte, in den besetzten und reifen Festigprodukte erzeugt. Dies führt dazu, daß einerseits die jungfräulichen Länder ihre Rohproduktion weit über ihr Konsumbedürfnis hinaus ausdehnen und andererseits in den reifen Ländern bei zunehmender Industrialisierung und Konzentration in den Städten die Bevölkerung sehr schnell anwächst, die selbsthergestellten Nahrungsmittel aber relativ dazu schnell abnehmen, manchmal sogar, wie in England, auch absolut zurückgehen.

Auf diesem Stande der Entwicklung sind beide Länder (die mit zur Verdeutlichung einander als A und B gegenüberstellen), voneinander abhängig, aber so, daß das reiche Land im Ueberge wicht ist. Es ist der Behälter des Kapitals, das es als Monopolist überall hin ausleitet. Solange die Erde nicht allenfalls voll besiedelt und genützt ist, breiten sich stets neue Böden der Bewirtschaftung dar, erweitert sich das Land B, und von immer neuen Seiten wird das Kapital verlangt, so daß die Nachfrage dauernd die Angebotsseite überwiegt. Mit der Zeit oder tritt eine Veränderung ein. Das rohstoffproduzierende Land geht dazu über, in eigenen Lande seine Produkte zu bearbeiten. Das reiche Land vervollkommen seine Festigfabrikindustrie, die auf der Zufuhr von fremden Rohstoffen basiert ist. Seine Bevölkerung wächst zu ungeahnter Dichtigkeit an und lebt zum Teil von den Renten, die das jüngere Land auf Grund früherer Verpflichtungen, früherer Leistungen oder Usurpationen zu erlangen hat, zum Teil von der in Form von Festigfabrikaten exportierten Arbeit und Geschäftstätigkeit; dann aber gelangt B dazu, seine Kapitalschulden zu amortisieren. Aus der Jungfrau ist die erwachsene Wirtschaftlerin geworden. Es entsteht da die Möglichkeit, die Rohproduktion einzuschränken, bis sie auf das Maß des eigenen Wirtschaftsbedarfes gesunken ist. Damit ist das Land A plötzlich seiner Lebensgrundlage beraubt. Unfähig, sich selbst zu genügen, angewiesen auf den Abzug und Tausch seiner Fertigwaren gegen Lebensmittel und industrielle Rohstoffe, findet es nun keinen Tauschpartner mehr. Drei Möglichkeiten eröffnen sich ihm: Entweder schränkt es seine industrielle Produktion ein und versucht zu gesteigerter Agrarwirtschaft überzugehen, wobei es aber unbedingt einen Teil seiner unumkehrlichen Ueberbevölkerung abstoßen muß, also Auswanderung, oder es zerstückelt sich in sich selbst so lange, bis es im Ruin zu der ihm angemessenen Tiefe und Enge der Wirtschaft herabgesunken ist, oder es einigt sich mit dem erstarzten Lande, was bedeutet, daß es sich in seine Abhängigkeit begibt und zur Provinz, zur Kolonie dieses Landes degradiert wird, der irgendeine Teilfunktion des Wirtschaftsprozesses von dem nun Ueberlegenen zugewiesen wird. Jetzt ist das Land A in die frühere Lage von Land B geraten und kann derselben Ausbeutung gewärtig sein, die es früher gelitten hat, wenn nicht eine Wandlung des Geistes die Menschheit von der Wiederholung dieser frevelhaften und im höchsten Grade vernunftwidrigen Handlungsweise bewahrt.

Wir befinden uns heute in der Lage, die eben ihrem Grundcharakter nach zu zeichnen versucht wurde.

Zur Verdeutlichung des Borgeführten seien noch einige Einzelheiten genannt. Der fortgeschrittene Teil des Komplexes B sind die Vereinigten Staaten von Amerika. Heute ist die Industrialisierung dort soweit gelangt, daß keine Einfuhr mehr verlangt wird. Gegen den Import sucht man sich durch Einfuhrverbote und Schutzzölle abzuschließen, der Bevölkerungszunahme durch Kontingentierung der Einwanderung einen Riegel vor. Die Vereinigten Staaten haben sich aber nach der extensiven Seite hin zu stark entwickelt. Die Produktion an Baumwolle, Kupfer, Kohle, Fleisch und Getreide usw. übersteigt bei weitem die Aufnahmefähigkeit des inneren Marktes. Durch die überhörsche Kriegsentwicklung sind auch viele Industriezweige auf den Export angewiesen, z. B. Automobil, Maschinen, überhaupt die ganze Festigindustrie der Montanindustrie. Nun hat Amerika zwar auch schon vor dem Kriege Fertigfabrikate ausgeführt. Sein Absatzgebiet lag aber in solchen Ländern, die inzwischen selbst immer mehr und mehr zur Industrialisierung geschritten sind. Daher finden sich in amerikanischen Zeitungen und Zeitchriften recht hilflose Ueberlegungen, wie man exportieren kann, ohne sich durch Import bezahlen zu lassen, ob man verzichten soll um nur arbeiten zu können, auf welche Sicherheiten man eigentlich Exportkredit gewähren kann usw.

In Südamerika hat die Industrie großen Aufschwung genommen; doch ist hier noch keine Sättigung des inneren Bedarfs

zu konstataren. Natürlich bildet Südamerika das gegebene Absatzgebiet der Vereinigten Staaten, die während des Krieges einen beträchtlichen Teil des dortigen Handels an sich gerissen haben. Die Verarbeitung im Lande selbst geht ebenfalls weiter, besonders in Chile und Argentinien. Am entscheidendsten ist die Entwicklung der asiatischen Länder. Dort ist Japan zum Exportland von Fertigwaren geworden, in China ist ein großer industrieller Aufschwung im Gange, gestützt von manchen politischen Erschütterungen. Britisch-Indien sucht sich wirtschaftlich und politisch mehr und mehr zu emancipieren. Hol- ländisch-Indien verarbeitet schon zu erheblichem Teil seine Rohstoffausfuhrmittel selbst. In den letztgenannten Ländern sind zudem große Lager der schwerindustriellen Grundstoffe gefunden und in der Ausschlebung. Australien ist noch weniger weit. Aber die Tendenz geht wohl auch dort auf Industrialisierung, Selbstverarbeitung.

Technisch steht es in Südamerika. Will man die Bedeutung dieser Veränderungen für Europa abschätzen, so muß man sich vergegenwärtigen, daß die Geschichte sich nur in großen Zyklen abspielt. Nicht an einem Tage geht ein Volk unter, viel weniger ein ganzer Erdteil. Noch vermag Europa seine Kinder zu sättigen, da die Erweiterungsfähigkeit der Bedürfnisse neue Käufermärkte in fernen Ländern seinen Erzeugnissen zu fächern kann, wenn auch mehr und mehr sich die Verarbeitung zum Produktionsort hinbewegt. Noch hat Europa einen gewissen Vortritt inne als Lehrmeisterin der Technik und des Handels (nicht Kautschuk, sondern London beherrscht wieder den Weltmarkt). Noch zieht es die Fäden für ehemalige und neue Kapitalinvestitionen aus den fremden Erdteilen. Die europäischen Kapitalsinjectionen bedingen wiederum Vließerung von Produktionsmitteln an diese Länder. Aber Gewissenhaftigkeit und Klarheit gebieten, dem Kommenden ohne Sentimentalität entgegenzusehen. Die Zukunft gehört nicht Europa. Und seinen Niedergang kann nur eine neue Form des Geistes, der sich in der Wirtschaft auswirkt, hemmen.

Levi über Stoecker

In Nr. 123 der „Roten Fahne“ schreibt der frühere Vorsitzende der S. P. D. Paul Levi über den jetzigen Vorsitzenden Walter Stoecker einen Artikel, aus dem wir nachstehende interessante Stellen wiedergeben:

„In der Polemik kann die Güte der Gründe nur gewinnen durch die Logik, mit der sie vorgetragen werden. In keiner Polemik kann der Mangel an Gründen aufgehoben werden durch Mangel an Logik. Würde Genosse Stoecker diesen Grundsatz gefaßt haben, so würde er in seiner Polemik gegen mich, unter einigen anderen, folgende Argumente beileide gelassen haben:

Einmal würde er nicht von einer „beträchtlichen Mehrheit“ des Zentralausschusses in der italienischen Frage gesprochen haben. Die Mehrheit war 23 gegen 23 Stimmen und von den 23 waren 4 nur mit harten Referenzen.

Dann würde er nicht die „Freude der Hilferdinge“ und einigen Anflug, der sonst noch mit der Laibsch unferes Klüfters getrieben wurde, gegen uns auspielen. Die Methode erinnert doch verdammt an die Methode der „Post“ und des „Sozial-Anzeigers“, die uns Kommunisten auch mit den „Stimmen unserer Freunde“ belästigen und haarflein beweisen, daß wir Agenten der fremden ausländischen Bourgeoisie seien.

Zum weiteren würde er nicht die ganze Polemik ausschließlich und nominativ gegen mich gerichtet haben. Der Genosse Stoecker hat kein Recht, die vier Genossen, die ohne jede vorherige Vereinbarung mit mir und ganz aus eigenem Ermessen denselben Schritt taten, wie ich, als Nullen zu behandeln. Wenn Genosse Stoecker trotzdem immer nur mich nennt und von mir redet, so beweist er damit nur, was auch sonst nicht unbekannt war: daß die Partei nicht um politische Auffassungen willen in diese Krise hineingekürzt wurde. Nachdem nun Genosse Stoecker durch die Art seiner Polemik dies bekannnt, und sich — jedenfalls nachträglich — mit diesen Beiträgen solidarisiert hat, möge er uns nur eine Genugtuung geben, nämlich: uns mit dem in solchen Fällen üblichen Dementi versehen.“

Levi wendet sich Johann zu dem, was Stoecker in der Sache zu sagen hat, und meint:

„Dieses Urteil des Genossen Stoecker ist zweifellos recht falsch und vielleicht sogar richtig; aber — und damit kommen wir immer wieder zur Hauptfrage zurück — von wann datiert die es Urteil? Wer Genosse Stoecker auch an den ersten Beschlüssen der Zentrale, die — einschließend der Resolution — einstimmig gefaßt wurden, auch nicht beteiligt, so hat er doch nie gegen die ihm bekannten Beschlüsse widersprochen und — Hand aufs Herz, Genosse Stoecker! — würde er mitgestimmt haben, wenn er dabei gewesen wäre?“

Und nun hat Genosse Stoecker völlig recht, wenn er in der zweiten Fortsetzung seines Artikels schreibt: „Alle Genossen sind sich völlig einig darin, daß wir hier wie in ganz Westeuropa große kommunistische Massenparteien brauchen.“ Oder vielmehr — Genosse Stoecker hätte recht in seiner zweiten Fortsetzung. Jedoch — zwischen Lipp und Kellergond — wer kann auch in unserer schnelllebigen Zeit verlangen, daß einer in der dritten Fortsetzung noch vertritt, was er in der zweiten behauptet hat! Und so hat sich einer gefunden, der mit dem Genossen Stoecker in der zweiten Fortsetzung seines Artikels nicht einverstanden ist: nämlich der Genosse Stoecker der dritten Fortsetzung. Nachdem Levi das im einzelnen dargelegt hat, schreibt er zum Schluß:

„Mit alledem habe ich nur die Hauptfrage erörtert: von den Trabanten, die der Genosse Stoecker beigegeben hat, will ich nur eine hervorheben: Nicht ohne Appell an den guten Geschmack intelligenter Menschen, als ich einer bin, spricht er davon, daß das Exekutivkomitee als das „bolschewistische Orakel“ bezeichnet hätte. Mit nichts habe ich das getan. Ich glaube auch nicht, daß das Exekutivkomitee sich als bolschewisches Orakel etablieren wird, und im übrigen: Man hat im ganzen klassischen Altertum nie über die Pythia geschätzt und manchmal nur über die, die aus ihrem Munde zu vernahmen hofften, was sie aus einem Entschluß zu finden, sei es nicht den Mut, sei es nicht die Kraft hatten. Und das ist keine revolutionäre Attitüde.“

Wir glauben nicht nötig zu haben, Levi's Kennzeichnung Stoeckers etwas hinzuzufügen. Als Stoecker dieselben Methoden aber innerhalb der Unabhängigen Partei anwandte, da konnte Levi's Begeisterung für sie keine Grenzen. Deshalb — sie sind einander wert.

Änderung der Wahlordnung für die Landwirtschaftskammern. Der preussische Landwirtschaftsminister hat verfügt, daß entsprechend der Wahlordnung zum preussischen Landtage, die bei der Bearbeitung der Wahlordnung für die Landwirtschaftskammern noch nicht vorlag, eine besondere Berücksichtigung der Abgrenzung der Wahlbezirke, der Ernennung des Wahlvorstehers und eines Stellvertreters, der Bestimmung des Wahllokales sowie Tag und Stunde der Wahlen durch amtliche Blätter unterbleiben kann. Die ortsübliche Bekanntgabe wird als ausreichend angesehen. Die Bekanntmachung soll spätestens am fünften Tage vor dem Wahltag (20. März) erfolgen. Im Falle des Zulasses eines Wahlvorschlages sollen die vorgeschlagenen Bewerber ohne besondere Wahl als gewählt gelten.

Einführung des 24-Stundentages in der Tischkellerei. Der preussische Senat hat den Antrag auf Einführung des 24-Stundentages in der Tischkellerei angenommen. Das Gesetz tritt vorläufig nur in das Verkehrs- und Heerwesen ein. Die Regierung ist aber ermächtigt, den 24-Stundentag auch in andere Zweige einzuführen.

Verantwortlich für die Redaktion: Emil Kaddrich, Berlin. Verleger: Paul Levi, Berlin. Druck: G. S. S. Berlin, 52, Breite Straße 52.